Montag, den 1. März 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 50

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Hauptexpedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141. Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 7 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Junker als Fürstenschützer.

Schutz dem Volksbegehren!

Wie ein junkerlicher Gutsvorsteher seine Pflicht verletzt und verhöhnt.

Ein besonders krasses Beispiel für schwere Pflichtverletzung eines schlesischen Junkers, der seine wirtschaftliche Macht als Rittergutsbesitzer leider immer noch durch Ausübung der Verwaltungsfunktion eines Gutsvorstandes ergänzen darf, zeigt das Verhalten des Masselwitzer Herrn v. Woyrsch gegenüber dem Volksbegehren. Diesem Herrn ist es in seiner Herrlichkeit immer noch nicht aufgegangen, daß er als Gutsvorsteher genau wie jeder Gemeinde- und Amtsvorsteher die Listen zum Volksbegehren für die Fürstenenteignung pflichtmäßig auszulegen und Gutsangehörige davon in Kenntnis zu setzen hat. Anscheinend findet er es schon ärgerlich genug, wenn er seine Hand dazu bieten muß, daß auch in Masselwitz Männer und Frauen von ihrem Wahlrecht zu den Parlamenten Gebrauch machen können. Ein gesetzmäßiges Volksbegehren zur Fürstenenteignung aber — darauf antwortet dieser Gutsvorsteher nur mit folgendem Schreiben:

v. Woyrsch
Rittergut (Groß u. Klein) Masselwitz
Eisenbahn, Herrnprotsch (Strecke
Breslau—Stettin) Telephon: Deutsch-
Lissa 47.
Drahtanschrift: v. Woyrsch Pilsnitz
Bankverbindung:
v. Wallenberg Pachaly & Co.,
Breslau 5, Tauentzienstraße 5.
Postscheckkonto: Breslau Nr. 64 459.
den 25. 2. 1926.

An
Sozialdemokratisches Bezirks-Partei-Sekretariat
Breslau I.

Beifolgend sende ich Ihnen die Anlagen zurück, da der Gutsvorstand weder sozialdemokratisch noch Aushangsteller für private Veranstaltungen ist.

Im empfehle Ihnen jedoch, nach dem von Ihnen besonders seit November 1918 betonten „gleiches Recht für alle", ebenfalls einen Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung aller Besitzer der Mitglieder Ihrer Partei zu beantragen.

Hochachtend

v. Woyrsch.

Ein verfassungsmäßiges Volksbegehren hält der Gutsvorsteher v. Woyrsch also für eine **private Veranstaltung!** Darauf darf die gegebene Antwort der vorgesetzten Behörde in Breslau unserer Meinung nach nicht wie eine sanfte Aufklärung sein. Dieser Mann ist offenbar zur Ausübung eines Amtes als Gutsvorstand **zu dumm** und kann sich ja jeden Tag einen neuen gleichartigen Rechtsbruch leisten, nur daß er dann vielleicht nicht gerade der Sozialdemokratischen Partei noch davon Kenntnis gibt. Lohnt es noch, einen Junker, der politisch entweder so ahnungslos ist oder sich doch **so stellt**, darüber zu belehren, daß die Sozialdemokratie auch das Vermögen ihr nahestehender Personen nicht geschont hat, wenn in der Steuerpolitik oder Sozialisierungsanträge dazu Gelegenheit geboten war? Das Fürstenvermögen muß deswegen, Herr **von Woyrsch**, noch anders erfaßt werden, weil es ja **gar kein Privatbesitz, sondern gestohlenes Staatsgut** ist.

Der Junker von Woyrsch, der seine private reaktionäre Meinung und seine öffentliche Pflicht als Gutsvorsteher nicht auseinanderhalten kann, wird aber das kaum begreifen wollen. Mit solchen Leuten muß **deutlich** geredet und **kurz Schluß** gemacht werden, Herr Landrat und Herr Regierungspräsident!

* * *

Amtlich wird mitgeteilt: Der **Reichsminister des Innern** hat auf Anregung des Deutschen Städtetages zur Erleichterung des Außendienstes in den größeren Städten bei Durchführung des Volksbegehrens den Gemeinden über 20 000 Einwohnern freigestellt, die Prüfung der Eintragungsberechtigung nicht bei der Eintragung selbst, sondern erst nachher binnen drei Tagen vorzunehmen, so daß bei der Eintragung zunächst nur die Identität der Person geprüft zu werden braucht. Eintragungsberechtigte, die aus einer Gemeinde mit fortlaufend geführter Stimmkartei verzogen sind, können einen Eintragungsschein von der Gemeindebehörde ihres neuen Wohnortes erhalten.

Für das Prüfungsverfahren kann, wenn die Stimmlisten und Stimmkarteien der letzten Reichswahl nicht mehr brauchbar sind, ein neueres, für eine spätere öffentliche Wahl (Landtagswahl, Provinziallandtagswahl) aufgestelltes Wahlverzeichnis zugrunde gelegt werden.

Der Femeausschuß des Preußischen Landtages

dürfte im Verlauf dieser Woche seine Verhandlungen wieder aufnehmen. Von den einzelnen Mitgliedern sind inzwischen eine ganze Reihe Anträge zur Vernehmung einzelner deutschnationaler Abgeordneter und einer Reihe von Privatpersonen über ganz bestimmte Fragen eingegangen. So soll nach einem Antrag des Demokraten Riedel der deutschnationale Landtagsabgeordnete Jahnke u. a. gefragt werden, ob er Gelder, die ihm zur Betätigung im Ruhrkampf übergeben waren, für die Zwecke der am Küstriner Putsch beteiligten Schwarzen Reichswehr verwendet und ob er im Zusammenhang mit dem Küstriner Putsch wiederholt an Sitzungen teilgenommen hat, in denen nicht nur dieser Putsch besprochen und vorbereitet, sondern auch über die Beseitigung von Stresemann und Severing gesprochen worden ist. Uns scheint, daß es sich hier für Herrn Jahnke um sehr unangenehme Fragen handelt und daß im Zusammenhang mit diesen Fragen auch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete **Behrens** nochmals vor den Femeausschuß geführt werden wird. Es steht bereits fest, daß sein „**Christlicher Landarbeiterverband**" („Zentralverband") nicht nur von dem Arbeitgeber, sondern auch von einer offiziellen Reichsstelle **während des Ruhrkampfes Geld erhalten** hat, und zwar wesentlich mehr als der Arbeitgeberverband zur Unterstützung des Fememörders Schulz zur Verfügung gestellt hätte. Die Angelegenheit dürfte voraussichtlich bald auch im Reichstag eine Rolle spielen.

Ebert-Gedenkfeiern.

Heidelberg, 23. Februar. (Eig. Drahtb.) Am Sonntag nachmittag um 4 Uhr fand auf dem hiesigen **Bergfriedhof** an der Grabstätte Friedrich Eberts eine schlichte Gedenkfeier für den Verstorbenen statt. Aus Mannheim, Ludwigshafen und Heidelberg hatten sich 1500 Reichsbannerleute eingefunden. An dem Grabstein nahmen die Fahnenträger und die Delegierten der Freien Republikanischen Studentenvereinigung Aufstellung. Die badische Regierung hatte den Minister des Innern, Genossen **Remmele** zu der Feier entsandt. Von der Familie Eberts waren Genosse Fritz Ebert erschienen. Die eigentliche Gedenkrede hielt im Auftrage des Bundesvorstandes des Reichsbanners Regierungsreferendar Genosse **Kolb**. Im Namen des Parteivorstandes sprach der Bezirkssekretär Genosse **Ammann**-Heidelberg Gedenkworte über den Toten, der für unser Volk alle Zeit ein leuchtendes Vorbild war und noch heute sei.

Am Vormittag legte der Gesandte des Reiches bei der hessischen Regierung Genosse Dr. **Köhler** im Auftrage der Reichsregierung einen Kranz mit einer schwarz-rot-goldenen Schleife an dem Grabe nieder. Auch die preußische, badische und hessische Regierung ehrten den Toten durch eine Kranzspende mit schwarz-rot-goldener Schleife.

* * *

Elberfeld, 28. Februar. (Eig. Drahtb.) Am Sonntag wurde auf der Haardt hoch über dem Wuppertal unter starker Beteiligung des Reichsbanners und reicher Anteilnahme der Bevölkerung ein Gedenkstein für Friedrich Ebert errichtet. Der Weihe vorauf gingen zwei große Massendemonstrationen, in denen der Bundespräsident des Reichsbanners **Hörsing** und die Abgeordneten **Erkelenz** und **Ferl**-Magdeburg sprachen. Im Anschluß an die Versammlungen bildeten sich mehrere Züge, die mit Trommelklang zu dem Gedenkstein zogen, der dann vom Bundespräsidenten Hörsing enthüllt wurde. Erkelenz zeichnete den Verstorbenen bei dieser Gelegenheit als den großen Volksführer. Er verdiene, den ersten Bürger der Deutschen Republik genannt zu werden. Im Auftrage des Oberpräsidenten der Rheinprovinz sprach dann noch der Regierungspräsident von Düsseldorf, Borgmann, Worte des Gedenkens und der Anerkennung.

* * *

Das **Berliner Reichsbanner** veranstaltete am Sonntag nachmittag auf der Treptower Wiese eine Gedächtnisfeier für Friedrich Ebert, an der trotz des strömenden Regens Tausende und Abertausende sich beteiligten. Der kommunistische „Rote Frontkämpferbund" hatte seinen Anhängern „vertrauliche" Anweisung erteilt, sich möglichst stark auf der Treptower Wiese einzufinden und dort unter dem Reichsbanner für den bolschewistischen Unfug Propaganda zu machen. Der Erfolg war mehr als kläglich. Man sah zwar vereinzelt Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes. Aber es handelte sich durchschnittlich um jugendliche Personen, die kaum das 16. Lebensjahr erreicht hatten und die sich mehr aus Wichtigtuerei und Neugierde an der Grenze der Treptower Wiese aufhielten. Die **eindrucksvolle Kundgebung** verlief jedenfalls ohne jede Störung und ohne die geringste Beachtung der bolschewistischen Propagandisten.

Das Bürgertum Berlins feierte bereits am Vormittag **seinen** „Volkstrauertag" in sieben verschiedenen Veranstaltungen. Die offizielle Kundgebung erfolgte unter Teilnahme der Reichsregierung im Reichstag, während für die anderen Veranstaltungen, an denen sich auch Hakenkreuzler und der Stahlhelm mit ihren Fahnen beteiligten, sechs große Säle benutzt wurden. Auch in diesen Veranstaltungen versuchten jugendliche Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, so gut sie es konnten, ihren revolutionären Geist an den Mann zu bringen, aber gleichfalls vergeblich. Die Veranstaltungen verliefen völlig ruhig und ohne besondere Anteilnahme.

Das äußere Bild der Reichshauptstadt gab durch viele auf Halbmast gehißte schwarzrotgoldene Fahnen Kunde von dem „Volkstrauertag". Auch die Privathäuser, in denen amtliche Büros untergebracht waren, hatten schwarz-rotgold gehißt. Die **private** Beteiligung an dem Volkstrauertag" durch Hissung von Flaggen war nicht besonders stark.

Kundgebung für eine ständige Vertretung Spaniens im Völkerbundsrat.

Aus Madrid meldet WTB.: Unter dem Vorsitz des Grafen Romanones und in Anwesenheit des belgischen Botschafters fand in der königlichen Akademie der Rechtswissenschaft eine von der spanischen Vereinigung für den Völkerbund veranstaltete Kundgebung statt. Romanones erklärte, die Wünsche Spaniens seien so heiß, daß ihre Nichterfüllung zu der Erwägung veranlassen könnte, ob **die nationale Würde das Verbleiben Spaniens im Völkerbund zulassen** würde.

Der neue Kurs in Ostoberschlesien

Aus **Ost-Oberschlesien** wird uns geschrieben:

Wer die letzten Ereignisse in Polnisch-Oberschlesien betrachtet, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die **Wojewodschafts-Behörden** diesen Ueberfällen, Bombenattentaten und Terrorakten gegen Deutsche **machtlos** gegenüberstehen. Der Haß, der sich hier auswirkt und in den behördlichen Maßnahmen gegen den Deutschen Volksbund seinen Höhepunkt fand, ist seit Monaten von der polnischen Presse geschürt worden, die sich willig als Werkzeug des **Westmarkenvereins** gebrauchen läßt, da ihre Existenz letzten Endes von seinem Dasein abhängig ist. Würde die polnische Presse es wagen, gegen diese von den Behörden früher unterstützten Terroristen vorzugehen, dann kann es ihr übel ergehen; denn sie verliert die letzten Stipendien, die aus dunklen Quellen des Westmarkenvereins fließen. Zu der sozialen und wirtschaftlichen Not gesellt sich der Haß gegen alles, was deutsch ist, weil hier, mit einer umsichtigeren Organisation, die Dinge nicht so übel wie bei den polnischen Organisationen liegen. Der Wojewode **Bilski**, der die Dinge schon seit Monaten kommen sah, hat denn auch mit Hilfe des Abgeordneten **Korfanty** innerhalb der „Aufständischen"-Organisationen eine „Reinigung" vorgenommen, die zur Spaltung innerhalb der „Aufständischen" führte. Die „**Aufständischen**" hatten, um ihre Organisation durchzuhalten, für Oberschlesien die **Verwaltung des Tabakmonopols** erhalten. Aber nach mehrmonatiger Bewirtschaftung stellte es sich heraus, daß einzelne Führer die Einnahmen nicht für die bestimmten Unterstützungszwecke verwendeten, sondern für rein persönliche, und um sich ihre Stellung als Leiter zu sichern, floß der Alkohol bei den Versammlungen dieser Aufständischen in Strömen, was zur Folge hatte, daß bei der ersten Untersuchung ein **Defizit von über einer halben Million** zu verzeichnen war. Aber die Nachfolger wirtschafteten durchaus nicht besser, und bei nächster Gelegenheit ergab sich gleichfalls ein bedeutendes Defizit. Hier griff der Wojewode ein und stellte die Bewirtschaftung unter scharfe Kontrolle, und nun geht der Kampf gegen ihn los. Zunächst begnügte man sich mit Delegationen nach Warschau, aber die Regierung hielt Bilski und ließ sich nichts dreinreden. Aber die Organisation der Aufständischen maßte sich weiter an, selbständig Beamte zu ernennen oder solche Ernennung zu fordern, und man kann die Art, wie das geschah, ruhig als die einer zweiten Regierung bezeichnen.

Jeder Beamte, der nicht nach den Wünschen des Westmarkenvereins, der ja aus denselben Mitgliedern besteht wie die „Aufständischen", tanzte, wurde zunächst in öffentlichen Versammlungen bekämpft, und dann sandte man so lange Delegationen zu den Behörden, bis diese, schließlich der Proteste satt, den Wünschen der Aufständischen nachgaben. Es wurde direkt ausgesprochen, daß man **Anordnungen der Behörden nicht nachzukommen** braucht, **so lange der Westmarkenverein hierzu nicht seine Zustimmung gegeben** hat. Deswegen konnten auch im schlesischen Sejm die deutschen Abgeordneten nachweisen, daß innerhalb der unteren Beamtenorgane die Auffassung vertreten ist, daß, wenn die Befehle der Wojewodschaft im umgekehrten Sinne ausgeführt würden, das gerade richtig sei.

Hervorgehoben werden muß, daß man im Reich **zu ernst** den Ruf der Gruppe Kustos: „**Oberschlesien den Oberschlesiern**" auffaßt. Wer hier die Dinge in Ost-Oberschlesien sachlich beurteilen will, der kann nur sagen: „Gott schütze uns vor diesen Rettern"; denn wenn alle Oberschlesier in Polen die Staatsaufgaben so auffassen würden, wie die jetzt beamteten Oberschlesier, dann gibt es nur Mord und Totschlag, Raub und Korruption und ein Durcheinander, das den berechtigten Spruch „Polnische Wirtschaft" in der verheerendsten Form zeigen würde. Wenn hier die Dinge nicht schon in einem völligen Chaos geendet sind, so ist dies nur dank der Arbeit der immer bekämpften nicht-oberschlesischen Beamten möglich gewesen. Und dies erkennt auch die deutsche Arbeiterschaft an; denn die Nichtoberschlesier machen selten die Hetze gegen die Deutschen mit. Diese ist ein Produkt der Unfähigen innerhalb der Beamtenschaft und der sogenannten „Aufständischen", die um ihre Posten und Pöstchen fürchten. Und auch die oberschlesischen polnischen Abgeordneten können sich leider nicht von der Hetze fernhalten, wenn sie nicht ihren ganzen Einfluß und Anhang verlieren wollen.

Man bedenke, daß **innerhalb der letzten fünf Tage drei Bombenattentate** vollzogen wurden, ohne daß es gelang, die Täter zu ermitteln. Die „Aufständischen" kolportieren die Nachricht, daß sie sich seit zwei Wochen in Kampfbereitschaft befinden, und in Königshütte und Schwientochlowitz ziehen sie auch frei mit den Waffen umher, ohne daß die **Polizei** eingreift, die sich ja fast **ausschließlich aus Aufständischen** zusammensetzt. Die Hetze hat nun ihren Höhepunkt erreicht, indem im Warschauer Sejm auf Anregung der oberschlesischen Abgeordneten eine **von allen Fraktionen, mit Ausnahme der Minderheiten, der Sozialisten und der radikalen Bauern, eine Interpellation** eingebracht wurde, die die **restlose Vernichtung des Deutschtums** fordert. Eine Abwehr-Interpellation des Deutschen Klubs fand hingegen gar kein Gehör und wird wohl vom Innenministerium nicht beantwortet werden, wie

wie schon mit vielen deutschen Interpellationen geschehen ist. Diese Hetze, durch den Kongreß der polnischen Nationaldemokraten hervorgerufen, wird in Ost-Oberschlesien zu einer völligen Kursänderung wohl auch der Behörden gegen das Deutschtum führen. Und die letzten Mißhandlungen Deutscher lassen darauf schließen, daß der Westmarkenverein seiner Sache sicher ist. Man hat auch schon Zeitungsnachrichten in die Welt gesetzt, wonach der oberschlesische Wojewode abberufen werden soll, obgleich ihn die Regierung gerade jetzt halten will. Aber die Aufständischen haben doch vieles durchgesetzt; Herr Bilski wird beurlaubt, und er wird jetzt für den Posten des Innenministers empfohlen, der demnächst, nach Zeitungsnachrichten, demissionieren soll. Die letzten Vorfälle haben nun die deutschen Abgeordneten, Sozialisten und Bürgerliche, veranlaßt, den Chef des Sicherheitswesens und den Vize-Wojewoden zu interpellieren, der erklärte, daß schon vor Wochen Maßnahmen getroffen wurden, um die Ruhe zu sichern, aber daß es bisher nicht gelang, da die polnische Presse die ganze Aktion der Behörden durchbreche. Infolge der in Polen herrschenden „Pressefreiheit" könne nicht gegen diese vorgegangen werden — hingegen ist man mit Beschlagnahmen bei der deutschen Presse recht schnell bei der Hand.

Nach Lage der Dinge ist nur anzunehmen, daß die Behörden sich beim besten Willen nicht durchsetzen können. Deutsche, die sich zur Wehr bei Ueberfällen setzen, werden tagelang in Haft behalten, die Banditen aber sofort vom Staatsanwalt freigelassen. Man merkt, daß man die Deutschen bei jeder Gelegenheit provozieren will, weil man von der deutschen Abwehrorganisation in Deutsch-Oberschlesien unterrichtet ist und gern eine kleine Grenzaktion sehen möchte. Darauf zielen die heutigen Provokationen in Ost-Oberschlesien hinaus. Man ist sich hier unter den Aufständischen klar, daß sich mit der Zeit die Deutschen, von den Behörden jeden Schutzes bar, nicht dauernd werden provozieren lassen. Daß in Ost-Oberschlesien in absehbarer Zeit eine Beruhigung eintreten könnte, ist kaum anzunehmen; denn trotz aller Versicherungen wird man behördlicherseits nicht mit der Energie durchgreifen, die allein Ruhe und Ordnung herstellen kann. Nach außen hin wird man schnell bei der Hand sein, alle Vorkommnisse kommunistischen Umtrieben in die Schuhe zu schieben, obwohl diese in Ost-Oberschlesien fast gar nicht vorhanden sind und hier auch keinen Nährboden finden. In Bielschowitz leistete sich der Aufständischen-Verband schon einen Aufruf, der seine Mitglieder zu den Waffen ruft, ohne zu sagen, gegen wen, und doppelte Arbeitslosen-Unterstützung für die Teilnehmer an dem Kriegsspiel verspricht, das man gegen die „Kommunisten" führen will, aber nur die Deutschen trifft. Hier wurde schon darauf hingewiesen, daß all diese Dinge nur darauf hinzielen, die Massen von ihren Alltagssorgen abzubringen, Not und Elend auf dem Gebiet der Deutschenhetze ein politisches Ventil finden zu lassen.

Es kann nicht genug davor gewarnt werden, daß Polen in Deutschland ähnlichen Verfolgungen ausgesetzt werden; denn dann geht es hier dem Deutschtum um so schlechter. Aber gerade in den Tagen der Not schließt sich die deutsche Arbeiterschaft um so energischer zusammen, und schließlich werden bei besonnener Haltung trotz aller Unterdrückungen die Früchte deutscher Treue nicht beseitigt werden, zumal auch die polnische Arbeiterschaft vom Nationalismus allmählich genug hat.

Im Preußischen Landtag

vereitelten am Sonnabend die Rechtsparteien, unterstützt von den Kommunisten, den Beginn der zweiten Beratung der neuen Hauszinssteuervorlage. Die Rechte erklärte, die von den Regierungsparteien beantragte Zwischenlösung für die Zeit bis zum Inkrafttreten der Friedensmiete, die eine Erhöhung der alten Hauszinssteuer von 25 auf 36% bringt, habe eine neue Situation geschaffen. Erst müsse Klarheit über die Zwischenlösung bestehen, und erst danach könne man an die Beratung der neuen Hauszinssteuer gehen. Irgendwelche Begründung dieses plötzlichen Einfalls wurde von den Herrschaften auf der Rechten nicht gegeben. Sie beantragten Absetzung der Hauszinssteuerberatung von der Tagesordnung und machten, als es dabei in der Abstimmung zum Hammelsprung kam, zweimal das Haus beschlußunfähig. Der Antrag der Regierungsparteien zur Schaffung der Zwischenlösung in der Hauszinssteuerfrage ging an den Hauptausschuß.

Die Rechtsparteien, die sonst immer so gern vom Sparen reden, haben also wieder einmal dem Landtag eine unnötige Zeit-, Kraft- und Geldvergeudung aufgenötigt. Die Kommunisten markierten durch ihren Sprecher wieder einmal die unentwegten und alleinigen Beschützer der Mieter, während sie die Sozialdemokraten, die den Zwischenlösungsantrag unterschrieben haben, als heimtückische heimliche Feinde der Mieterschaft hinstellten. Dabei wissen die Kommunisten nur zu gut, daß die Hauszinssteuer-Zwischenlösung von den Sozialdemokraten nicht aus Freude an Steuererhöhungen gemacht wird, sondern lediglich deshalb, weil im Rahmen des vom Reich vorgeschriebenen Aufbaus des Staatsbudgets und bei der augenblicklichen Kräftegruppierung im Landtag gar nichts Besseres möglich bleibt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags

gab es am Sonnabend eine kurze Auseinandersetzung über einen Fonds von 3 500 000 Mark, der für Bewilligungen aller Art dem Reichspräsidenten zur Verfügung steht; 2,8 Millionen sind davon vorgesehen für Unterstützungen an ehemalige Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebene, die übrigen 700 000 Mark für sonstige Zuwendungen. Als solche führte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums Stiftungen für die Einweihung des Deutschen Museums, für Frauenvereine, für das Rote Kreuz, für den Verband der Erzähler, für wissenschaftliche und Kunstzwecke an. Abg. Neubauer (Komm.) ersuchte um vollständige Angaben, eine Anregung, die Genosse Hoch unterstützte, während die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Forderung nach Aufklärung im einzelnen ablehnten. Der Antrag der Kommunisten, diesen Titel zu streichen, wurde abgelehnt.

Bei dem Kapitel Landesfinanzämter entspann sich eine Aussprache über die Steuerhinterziehungen, die Steuermoral und die Buchkontrolle. Genosse Hertz verlangte, daß nicht eine weitere Drosselung der Einstellung von Buchprüfern als Beamte eintritt, während Genosse Steinkopf unter anderem zur Sprache brachte, daß die Hoheitszeichen des Reiches noch vielfach bei der Reichsfinanzverwaltung fehlten. Staatssekretär Popitz bestritt, daß kleinliche und schikanöse Maßnahmen der Steuerbehörden ein Grund für die Erregung der Winzer sein können.

Das Bauprogramm der Reichsfinanzverwaltung sah für Neubau von Landesfinanzämtern, Finanzämtern, Zollämtern usw. 8½ Millionen vor. Davon hatte der Sparausschuß bereits 1½ Millionen gestrichen. Der Haushaltsausschuß ging noch weiter und ersuchte die Reichsregierung, über eine Gesamtausgabe von 7 Millionen für diese Neubauten nicht hinauszugehen. Außerdem wird die Reichsregierung ersucht, dritte Stellen, die bei der Reichsabgabenverwaltung frei werden, nicht zu besetzen, sondern zur Verfügung des Haushaltsausschusses zu halten.

Ueber den allgemeinen Pensionsfonds berichtete Genosse Roßmann. Die Pensionslast des Reiches beläuft sich für 1926 auf 1 555 485 000 Mark; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 198,4 Millionen. Hierzu tritt eine Pensionslast von rund 400 Millionen bei der Eisenbahn und 200 Millionen bei der Post, so daß die Gesamtpensionslast 2 155 000 000 Mark beträgt. Der Haushalt für 1914 wies lediglich eine Pensionslast von 145 Millionen auf, was 6 Prozent der damaligen Reichseinnahmen gleichkam, während jetzt die Pensionslast 42 Prozent der tatsächlichen Reichseinnahmen ausmachen. Eine Verminderung dieser Last sei, so bemerkte Genosse Roßmann, bei den Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen unmöglich. Dagegen sei eine Entlastung zu erstreben durch Wiedereinstellung der Wartestandsbeamten. Die Offiziersversorgung beansprucht 231 Millionen Mark; das sei eine auch politisch schwer tragbare Last. Die Durchschnittspension eines Offiziers beläuft sich auf 4748 Mark, die einer Offizierswitwe auf 2057 Mark im Jahre, während die Durchschnittsrente eines Kriegsbeschädigten auf 384 Mark, die Durchschnittsrente eine Kriegerwitwe auf 448 Mark im Jahre bemessen ist. 4330 Offiziere beziehen eine Pension von über 6000 Mark im Jahr; 39 575 Offiziere eine solche unter 6000 Mark. Nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 seien diese Offizierspensionen aus den Kreisen des Zentrums und der Demokratie stark angefochten worden mit dem Hinweis, daß der neue Staat gar nicht imstande sein werde, dauernd Pensionen für zehntausende von Offizieren der alten Wehrmacht zu zahlen. Damals sei es Mode gewesen, der für die Offiziere eingetreten sei; durch den Kapp-Putsch sei es ihm gedankt worden. Die Sympathie für den Pensionsfonds sei erst recht nicht gewachsen, seit bekannt geworden sei, daß 17 fürstliche Pensionsempfänger rund 90 000 Mark im Jahr beziehen. Die Sozialdemokratie, so kündigte Genosse Roßmann an, behält sich vor, die Frage des Entzuges der Pensionen und ihrer Kürzung einer Prüfung zu unterziehen. Das Urteil des Reichsversorgungsgerichts, das den Offizieren die Pension aus der Kriegsstelle zuspricht, bedeutet für das Reich eine jährliche Belastung von 20 Millionen Mark.

Eine längere Erörterung entspann sich über die Ehrenzulagen für Inhaber militärischer Orden und Ehrenzeichen, die dem Reich eine Ausgabe von 700 000 Mark kosten. Den Löwenanteil daran bezieht Bayern, das im Kriege die meisten Orden verteilt hat, die mit finanziellen Zuwendungen verbunden sind. Von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß für das Reich kein Zwang bestehe, diese Kosten zu übernehmen. Die bürgerliche Mehrheit trat aber für die Weitergewährung der Ehrenzulagen ein. — Damit war der Haushalt des Reichsfinanzministeriums erledigt. Am Montag beginnt die Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums.

Der deutschnationale Parteivorsitzende Winckler hat seinen Rücktritt vollzogen und den Parteiinstanzen in einem längeren Schreiben die Ursachen seiner Handlungsweise mitgeteilt. Aus deutschnationalen Parteikreisen wird versichert, daß man die Neuwahl nicht überstürzt vornehmen wird und vermutlich einige Wochen ins Land gehen werden, ehe der aus über 60 Mitgliedern bestehende Parteivorstand zusammentritt, um den neuen Parteivorsitzenden zu wählen. Winckler war immer nur ein Stern dritter Ordnung und auch außen nur als ein besonders rückständiger Vertreter des Muckertums kirchlich-reaktionärer Kreise bekannt.

Handelspolitische Forderungen der sozialistischen Dreiländerkonferenz.

Brüssel, 28. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die von den sozialistischen Parteien Belgiens, Frankreichs und Deutschlands veranstaltete Wirtschaftskonferenz in Brüssel ist am Sonnabend abend zu Ende gegangen. An der außerordentlich interessanten Debatte über die verschiedenen Probleme, die durch die Handelsvertragsverhandlungen zwischen den drei Ländern aufgeworfen worden sind, beteiligten sich vor allem Hilferding, Breitscheid und Robert Schmidt von deutscher Seite, Barte, Cayrel, Poisson und Grumbach von französischer Seite, de Brouckère und Pierard von belgischer Seite. Am Schluß der Beratungen wurde eine längere Entschließung einstimmig angenommen, die von einer aus den Genossen de Brouckère, Hilferding, Cayrel und Grumbach bestehenden Unterkommission ausgearbeitet worden war und in der die Grundlinien für die Aktion der sozialistischen Parteien der betreffenden Länder auf diesem Gebiete festgelegt sind.

In der Einleitung dieser Entschließung bringen die Delegierten der drei vertretenen Parteien die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die juristische und politische Organisation des Friedens nicht genüge und nur die wirtschaftliche Organisation des Friedens diesem Dauer verleihen könne. Ein rascher Abschluß von Handelsverträgen sei zur Sicherung und Festigung des politischen und wirtschaftlichen Friedens trotz aller noch bestehenden Schwierigkeiten unbedingt erforderlich. Die Entschließung zählt unter anderem die wesentlichsten Vorbedingungen auf, die erfüllt werden müssen, damit die Handelsverträge auch einen der Allgemeinheit nützlichen Charakter haben.

Als Basis für die Handelsverträge fordert die Konferenz vor allem das Prinzip der Meistbegünstigung und eine möglichst starke Herabsetzung der Zollsätze. Sie fordert, daß sowohl die Verhandlungen zwischen den Industrien als auch der Abschluß von Kartellverträgen unter die Kontrolle der Regierungen und der Parlamente gestellt werden. So soll verhindert werden, daß diese Kartelle eine für die Interessen der Konsumenten und Arbeiterklasse schädliche Monopolstellung erringen könnten. Auch die Kontingentierung gewisser Waren für die Ein- und Ausfuhr soll einer ständigen Kontrolle der Regierungen unterworfen werden, um ungesunde Produktionseinschränkungen zu verhindern, die zu Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit führen könnten.

Die deutschen und französischen Delegierten der Konferenz bringen in der Resolution unter anderem noch ihren Willen zum Ausdruck, für den raschen Abschluß eines endgültigen deutsch-französischen Handelsvertrages einzutreten. Die Entschließung wurde dem Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zur Kenntnisnahme übersandt. Außerdem wurde beschlossen, eine großzügige Prüfung der Wirtschaftsfragen bei dem Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale anzuregen und zu der hierzu notwendigen Konferenz auch andere sozialistische Parteien Europas einzuladen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der parlamentarische Kampf um die Finanzreform in Frankreich ist jetzt in das entscheidende Stadium getreten, nachdem der Senat in der Nacht zum Sonntag mit 268 gegen 21 Stimmen die Regierungsvorlage angenommen hat. Die demokratische Linke ist, wie von Anfang an zu erwarten war, umgefallen. Sie hat in ihrer großen Mehrheit trotz des entgegengesetzten Beschlusses des Exekutivkomitees der Radikalen und Radikalsozialen Partei für die Zahlungssteuer gestimmt und ist damit ihren Fraktionskollegen in der Kammer, die erst am Freitag mit aller Schärfe gegen das Doumersche Projekt Stellung nahmen, in den Rücken gefallen. Die Frage ist nun, wie sich die Kammer zu den Beschlüssen des Senats stellen wird. Die Sozialistische Fraktion hat bereits schärfste Opposition beschlossen, während die Radikalsozialen in starker Verlegenheit sind. Ein neuer Umfall würde die Autorität gegenüber der eigenen Wählerschaft unhaltbar untergraben. Nach den Aeußerungen der ihnen nahestehenden Presse sind sie bereit, die von dem Senat wieder aufgenommenen indirekten Steuern zu bewilligen, wenn Doumer auf die geforderte Herabsetzung des für die Zahlungssteuer in Aussicht genommenen Tarifs von 1,3 auf 0,5 Prozent eingeht.

Die norwegische Regierung ist am Sonnabend zurückgetreten. Bei der Behandlung des Budgetvorschlages waren von der Arbeiterpartei, der Bauernpartei und der Rechten Abänderungsvorschläge eingebracht worden. Diese Vorschläge wurden abgelehnt. Die Regierung benutzte aber schon ihre Vorlage zum Rücktritt, da die drei Vorschläge zusammen eine starke Mehrheit des Storthings hinter sich hatten. Der tiefere Grund dafür, daß der Regierungswechsel gerade jetzt erfolgt, ist in der Opposition zu suchen, die sich gegen das Schiedsgerichtsabkommen mit Dänemark ergeben hat. Da diese Opposition ihren Sitz in den Fischerei- und Schiffahrtskreisen hat, um deren Wahlstimmen die Liberalen mit der Rechten kämpfen, nahmen die Liberalen die Gelegenheit wahr, von der Regierung abzutreten, obwohl sie mit den Arbeiterparteien zusammen den Vertrag hätten ratifizieren können. Mit der Neubildung der Regierung wird die Rechte beauftragt werden. Sie kann zusammen mit der rechtsstehenden Bauernpartei eine Regierung bilden, die im Parlament über eine Mehrheit von drei Stimmen verfügt.

Die Kohlenzille.

Novelle von Robert Grötzsch.

2]

II.

Das Lied der Pfingstglocken singt über die Dächer der großen Stadt, flattert gegen die Fenster, dringt in Kammer und Stube, läßt ein Schweben und Schwingen zurück. Die Menschen wischen sich den Schlaf aus dem Gesicht, setzen sich hinter den Kaffeetisch, freuen sich des Glockenspiels, der Sonne, der Maienfreudigkeit in den Gärten.

Aber nicht in allen ist Festtag. O nein, manche dösen auch an diesem wundervollen Sonntag vorüber. Herr Habermann zum Beispiel, der Herausgeber des Allgemeinen Blattes, sitzt mit frisch emporgesträubtem Bart im Lehnsessel, nimmt sein Blatt in die Hand bekommt automatisch eine gereizte Miene, bohrt giftige Augen in den Feiertagsartikel. Natürlich: ledern: ältestes Klischee, ohne Feuer und Schmiß. Wie konnte er auch von diesem pedantischen Dr. Matthias eine flotte Maische erwarten! Aber für seine ewige Verschuldungswirtschaft — ja, da fand dieser lederne Kopf gestern bewegliche Worte . . .

Dieser lederne Kopf beugte sich daheim über den alten schwarzgebeizten Schreibtisch, von dem bei scharfen Bewegungen stets das linke Vorderbein abfällt. Matthias' Augen blicken melancholisch, seine Brillengläser spiegeln ihm trüb die fünfzig Mark Vorschuß wieder, die ihm seine Frau vor die Nase hält mit der Bemerkung, das lange weder hinten noch vorne. Dabei [illegible] ihre pikant geschlitzten, graublauen Augen mitleidig auf seinen allmählich zur Platte gelichteten Wirbel, und wie ein alter Refrain kommt's aus ihrem Munde: „Ja, wenn du Gewichtehalter Schneller wärst! Da brauchte ich heute nicht im Kattunkleid spazieren zu gehen. Wirklich, man muß Angst davor haben, Schneiders zu begegnen!"

Diese Schneiders [illegible] in vollem Betrieb wie immer; sie liest auf der Schreibmaschine die Beschreibung eines [illegible], während er schon auf dem Wege zur [illegible] ist, um das neueste nächtliche Drama zu einem Telegramm für entfernte Blätter zu gestalten.

Inzwischen ist die Franziska unbekümmert um Luft und [illegible] der Erde ihren Weg stromabwärts genommen. Trächtig und schwer fährt sie durch die [illegible], surrende Welt, an blauen Höhenkämmen dahin, an stampfenden massigen Dampfern und kleinen schnippischen Booten vorbei. Im Segel strampelt noch immer der junge Südwest, daß der Mast knarrt. Der alte Herkner schnarcht in der Kabine; an seiner Seite streckt sich eine leere Rumpulle. Erst am späten Nachmittag erwacht er, schwankt heraus ins Sonnengleiß der Planken, sieht Villen am Ufer tanzen und weiß nicht, in welcher Gegend sein Fahrzeug kreuzt.

Längs der Stromränder ziehen singende Kinder, hellgekleidete Männer und Frauen. An den Höhen des rechten Ufers hocken Häuserkolonien, die weiter nordwärts in die Stadt hineinwachsen. Dorthin läuft auch der Strom wie ein breites Band, das im brodelnden Zentrum dieses turmbewehrten Häuserchaos auf eine Riesenspule gewickelt wird. Und die Menschen trippeln an diesem sonnenrot schimmernden Band dahin, als suchten sie nach dem Ende. Aber sie finden es nicht, werden müde, fallen schwarmweise in die Biergärten ein, deren frischgestrichene Tische aus dem Grün der Stromränder schimmern.

An einem solchen weißleuchtenden Gartentische des Gasthofs zum Anker sitzt Herr Sauerbrey mit seinem Freunde Adolf Schmidt, Zigarrenhandlung, Biedenbeckerstraße 25. Sie ergötzen sich am Spiel der Boote, die mit „Heiho!" wettrudernd über die schimmernde Flut gleiten. Sie schauen den vorüberstampfenden bewimpelten Dampfern nach. Herr Schmidt winkt mit dem Taschentuch hinterdrein. Herr Sauerbrey ruft ein „Ahoi! Alles klar!" hinüber, denn er hat angeblich bei der Marine gedient. Doch jetzt ist er dick, ewig aufgeregt und Meister in einer Maschinenfabrik. Drum streut er weise Erklärungen aus dem Reich der Technik hinter den vorüberrutschenden Fahrzeugen drein.

Jetzt ist auch die Franziska so weit, daß sie in Herrn Sauerbreys Gesichtskreis gleiten muß. Schlicht, schwarz und unauffällig will sie sich am Gasthof zum Anker vorbeischleichen. Aber Herrn Sauerbreys Blick haftet bereits an ihrem vollen Leibe. Er deutet mit dem zerkauten Zigarrenende nach dem Kahn. „Was meinst du, wie lang so'n Ding is."

Herr Schmidt strengt die Augen an. „Vierzig bis fünfzig Meter!"

Der andere stimmt das überlegene Lachen des Fachmanns an, aber etwas Entrüstung schwingt schon darin. „Ja[illegible], mein Lieber — da siehst du, wie Wasser täuscht! Sechzig ist das Ding min — de — stens!" Er zieht das letzte Wort wie ein zähes Rumpsteak auseinander.

Herr Schmidt schüttelt diesmal den Kopf, was Herrn Sauerbrey nahezu beleidigt. Er hat angeblich bei der Marine gedient, beaufsichtigt täglich über fünfzig Arbeiter, darf Widerspruch nicht dulden, bekommt einen roten Kopf. „Na, Menschenskind, mir wirst du wohl glauben!"

„Vierzig bis fünfzig Meter", beharrt Schmidt.

„Aber Menschenskind! — Wetten?"

„Jawohl!"

„Zwei Dutzend Pilsener?"

Sie reichen einander steif und feierlich die Hände.

„Anna, eine Postkarte!"

Jetzt staunt Herr Schmidt. Sauerbrey schweigt majestätisch. Er hat mehr denn fünfzig Arbeiter unter sich. Da weiß man, was man sagt. Er feuchtet den Blei zwischen aufgeregten nassen Lippen, entreißt der Kellnerin die Karte und adressiert sie mit einem mächtigen Schnörkel, der wie eine Peitsche ohne Ende aussieht, an den Briefkasten des Allgemeinen Blattes.

Inzwischen ist die Franziska an der blauen Brücke angekommen. Zwischen ihren Bogen hindurch reckt die Stadt ihre Promenaden aus wie Fangarme, die das Menschenvolk hineinziehen sollen in das gewaltige Häuserlager, wo die Besitzer der Restaurants, Konzerthallen, Amüsierlokale auf Publikum lauern.

Die Dämmerung webt schon ihre ersten grauen Schleier über dem Wasser. Lichter werden die Scharen der heimkehrenden Spaziergänger. Mitten in den sommerlich heiteren Farben von Weiß und Blau und Rot geht einer, der seine Achtpfennigzigarre sorgenvoll pafft, der über die schlecht angerauchte Meerschaumspitze mit Bekümmernis in die Welt schaut. Seine Füße bewegen sich in Schuhen mit geflochtenem Oberleder; sie erinnern an Eidechse, Krokodil und sonstiges seltsames Schuppengetier. Auf dem Kopf thront ein Hut mit einer Krempe, deren Schweifung nicht das Neueste ist. Neben ihm führt eine kleine pikante Frau in blauem Kattunkleid ihr blondlockiges Kind an der Hand.

Das ist die Familie Matthias. Schweigend zieht sie ihren Weg, denn Dr. Matthias grübelt. Welches Blatt könnte ihm für eine Abhandlung über die Wirtschaftsweise der alten Inkas eine nennenswerte Summe zahlen? Denn sonst . . . er sieht einen Abgrund, aus dem mürrische Gläubiger ihre Hände recken.

(Fortsetzung folgt.)

Die Verträge von Locarno vor der französischen Kammer.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Man darf von den französischen Sozialisten keine Zustimmung ohne Vorbehalt und Kritik zu den Verträgen von Locarno erwarten. Selbst der Berichterstatter des Kammerausschusses der Auswärtigen Angelegenheiten, Genosse Paul Boncour, der als solcher nicht im Namen seiner Partei sprach, hat trotzdem von gewissen „Löchern" darin gesprochen. Und sein Schluß bemerkte nützlicher Weise, daß alle Verträge, alle Texte des Völkerbundes nur dann Wirksamkeit haben werden, wenn in jedem Lande die wahren Kräfte des Friedens, die des organisierten internationalen Proletariats, sich aufrichteten, um die Verwirklichung dieser Verträge und die Beachtung dieser Texte zu erfordern. Die bürgerliche Presse ist wohlweislich auf diesen Teil seiner Rede nicht eingegangen.

Definitive, ewige Organisierung des Friedens? Kein Sozialist, selbst unter denen nicht, die den Versuchen des Völkerbundes die größte Bedeutung zuschreiben, hat die Naivität sich solcher Formeln zu bedienen. Was die Zustimmung vieler Sozialisten bestimmt, ist der Gedanke: wenn in dieser Richtung auch nur die geringste Aussicht liegt, dem schrecklichen Morden der Völker Einhalt zu gebieten, hat man das Recht nicht, sie zu verwerfen.

Der kommunistische Redner, Genosse Cachin, hat gegen den Völkerbund und gegen die Verträge von Locarno im allgemeinen einen stürmischen Angriff gerichtet. Nichts ist seiner Meinung nach zu machen unter kapitalistischer Herrschaft, um den Frieden durch Garantien aufrecht zu erhalten; unter ihr ist der Krieg unausweichlich, ewig.

Wir sind weit davon entfernt, zu verkennen, daß ganz theoretisch ein Untergrund von Wahrheit in diesen Feststellungen liegt. Aber immer ist eine Lehre wahrer, wenn sie sich den lebenden Wirklichkeiten anpaßt, als wenn sie nur in einem Studiersaal aufgestellt wird und in der Formel stecken bleibt.

Sicher ist der Kapitalismus der Krieg auf jeder Stufe der sozialen Leiter, aber nicht immer auf dieselbe Weise. Der Arbeiter, der Angestellte, der Freidenker, ziehen einer Mussolini-Diktatur eine bürgerliche Demokratie vor. In beiden Fällen ist es der Kapitalismus. Aber wir müssen zugeben, daß die Wirkungen etwas verschieden sind.

So auch auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten. Es ist sicher, daß die französische und die deutsche Regierung, wenn sie sich von steigenden Sozialisten- und Arbeiterkräften kontrolliert und beurteilt wissen, weniger kriegslustig sein werden als ein Mussolini, dessen Größenwahn sich freien Lauf geben lassen kann, ohne durch eine Kontrolle des Volkes eingeengt zu werden.

Dank der Sachlichkeit der Dinge, fand es sich übrigens, daß gerade im Augenblick, wo Cachin — der von 1914 bis 1918 der Wütendste der Kriegskredit-Bewilliger „bis zum Schluß" war — seine Rede hielt, der Pariser Gesandte der Sowjetrepublik, Rakowsky, in seiner Antwort an die Herren Briand und de Monzie viel versöhnendere Worte sprach.

Er erklärte, daß seine Regierung bereit sei, jedes wahre Friedensbestreben zu unterstützen.

Welcher Widerspruch zu den brutalen und doktrinären Folgerungen des kommunistischen Redners! Die „Humanité", das kommunistische Organ, hat sich daraus herausgezogen. Sie hat höchst einfach diesen Abschnitt der Rede des Gesandten der Sowjetrepublik unterdrückt. So werden die kommunistischen Leser nicht erfahren, daß Rakowskys Standpunkt sich dem der „Sozial-Verräter" und der „kleinbürgerlichen" Sozialisten mehr als den doktrinären und demagogischen Formeln ihrer Führer nähert . . .

* * *

Die Kammer hat Sonnabend mit 365 gegen 49 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Locarno-Rede Briands beschlossen. Dagegen stimmten neben einigen Abgeordneten der Rechten nur die Kommunisten. Der linksstehende „Quotidien" bezeichnet die Tatsache, daß ein französischer Ministerpräsident auf der Tribüne des Parlaments in so freundlichen und ehrenvollen Ausdrücken von Deutschland zu sprechen gewagt hat, als welthistorisches Ereignis. Briand hat mit seinen freundlichen Worten über Deutschland sachlich die Unterstützung der Wünsche Polens im Völkerbund verbunden.

Selbsthilfe.

Schon kriecht der scheußliche Polyp herauf,
Den wir vorzeiten abzutun vergessen,
Und sperrt den gier'gen Rachen wieder auf,
Der uns Millionen Kinder weggefressen.

Jetzt hungert ihn nach unserm Gut und Geld. —
Wir stehn bereit. Es geht um unser Leben.
Die Fäuste recken sich. Der Hammer fällt.
Und dieser letzte Schlag geht nicht daneben!

Der Ansturm der Demokratie.

In Rumänien und in Bulgarien fanden dieser Tage Gemeindewahlen statt. Bulgarien hat, um nur Gemeindewahlen durchführen zu können, Zankow vertreiben und einen anderen Strohmann der Militärliga, deren Herrschaft im Wesen unangetastet blieb, an seine Stelle setzen müssen. Der Terror bei diesen Wahlen war ungeheuer, dennoch gelang es der Regierung, nur 48 Prozent der in den Städten zu vergebenden Gemeinderatsmandate zu erringen. Man schickte die Städte bei der Wahl vor, weil die bürgerlichen Elemente hier stärker sind und weil man dadurch die Stimmung der Dörfer zu beeinflussen hoffte. Das bulgarische Dorf ist demokratisch und zum großen Teil sozialistisch. Die Verfolgung und die unsinnige Verhetzung der Kommunisten haben den Anschein erweckt, als ob die bäuerlich-demokratische, die Selbstverwaltung und die politische Freiheit bejahende Stimmung des bulgarischen Dorfes etwas Kommunistisches sei. Aber was soll der Kommunismus in einem Lande, in dem der Grund und Boden in den Händen von Bauern ist und wo es infolge der zurückgebliebenen industriellen Entwickelung wahrhaftig nichts zu sozialisieren gibt? Der „Demokratische Verband", wie sich die Militärliga, wenn sie politisch auftritt, nennt, hat in allen Städten 83 480 Stimmen erhalten, die übrigen Parteien 110 000 Stimmen, von denen auf die Sozialdemokraten 13 000 Stimmen entfielen. Es ist kein Zweifel möglich, daß die Wahlen in den Dörfern, die am vergangenen Sonntag stattfanden, eine vernichtende Niederlage der Regierung und der Diktatur gebracht hätten, wenn die Freiheit der Wahlen nur einigermaßen gesichert gewesen wäer.

Auch in Rumänien siegte in den kleinen Dörfern noch die Methode der Präfekten, die nur die Kandidatenliste der liberalen Partei annahmen und zur Wahl zuließen. Aber in der Städten erlitt Bratianu eine vernichtende Niederlage. In Bukarest haben die oppositionellen Wähler, denen man ihre Wahllegitimationen vorenthielt, das Rathaus gestürmt und demoliert. In Czernowitz erhielt die Regierungsliste nur 1937 von 9854 abgegebenen Stimmen; auf die sozialdemokratisch-zaranistische Liste entfielen 2919, auf die Liste des oppositionellen Blocks 4882 Stimmen. Jassy, ehemals Hauptstadt der Moldau, Craiova, ehemals eine Hochburg der Liberalen, Kischinew, die Hauptstadt von Bessarabien, Konstanza, der Hauptort der Altdobrudscha, sind auf den ersten Schlag den Liberalen entrissen worden. Die Niederlage der Liberalen ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Armee und die Gendarmerie sich diesmal für die Wahlzwecke der Regierung nicht verwenden ließen.

Auch im dritten der südosteuropäischen Diktatorenvertreters, Griechenland, rühren sich die demokratischen Kräfte gegen den Diktator Pangalos ist Saloniki im Aufstand und die Opposition bewaffnet Truppen im Gebirge. Der Feudalismus liegt hier überall — auch in Ungarn — im Todeskampf.

Genossenschaftswesen.

Folgen genossenschaftlicher Zersplitterung.

Obwohl in dem kleinen ostpreußischen Grenzort Stallupönen ein allgemeiner Konsumverein besteht, hielt man es für notwendig, noch eine Beamtenwirtschaftsgenossenschaft zu gründen. Jetzt hat diese, wie vorauszusehen war, ihre Auflösung beschließen müssen. Als vor ungefähr einem halben Jahre der Geschäftsführer der Konsum- und Spargenossenschaft für Stallupönen und Umgegend der Beamtengenossenschaft den Vorschlag der Verschmelzung machte, wurde dies auf Betreiben einer einflußreichen Persönlichkeit abgelehnt. Bei dieser können sich jetzt die Leidtragenden bedanken. Liquidiert hat ferner der Beamtenkonsumverein Elberfeld. — In Osnabrück wurde im Jahre 1907 der inzwischen zum Bezirkskonsumverein ausgewachsene Konsum- und Sparverein gegründet, dem beizutreten jedermann freisteht. Das genügte einigen Leuten nicht, die betonen zu müssen glaubten, daß sie christlich eingestellt seien, weshalb sie den Konsumverein „Selbsthilfe" gründeten. Trotz Zulaufes aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften mußte der Verein nach etwa zwei Jahren von der Bildfläche verschwinden. Die dabei gemachten üblen Erfahrungen wirkten jedoch nicht nachhaltig, denn nach Beendigung des Krieges gründeten christliche Gewerkschaftler den Konsumverein „Eintracht", dem sich in einigen Orten die „Christlichen" anschlossen. Da sie meistens auch Mitglieder des Konsum- und Sparvereins waren, pflegten sie ihre Waren bei diesem als der leistungsfähigeren Genossenschaft zu entnehmen. An ein Gedeihen der Sonderorganisation war natürlich nicht zu denken. Die geschäftlichen Ergebnisse der „Eintracht" wurden immer schlechter, so daß sie sich schließlich unter Geschäftsaufsicht begeben mußte. Doch auch das Mittel verschlug nicht. Eine kürzlich abgehaltene Generalversammlung beschloß die Verlegung des Sitzes der Genossenschaft von Osnabrück nach Ibbenbüren. Einige Tage später wurde vom Amtsgericht der Konkurs eröffnet. Anscheinend ist allerlei Verlust entstanden, denn die Mitglieder sollen gerichtliche Aufforderungen zur Einzahlung bestimmter Summen erhalten haben. Das hätte alles vermieden werden können, wenn die Beteiligten sich dem Konsum- und Sparverein angeschlossen hätten, dessen Leistungsfähigkeit dann noch erhöht worden wäre.

Gewerkschaftler und Konsumvereine.

„Der Fleischer", der in Nummer 4 seinen Lesern eine Anzahl großer konsumgenossenschaftlicher Fleischereibetriebe vorführt, fordert in einem von Joh. Bernreuther (Nürnberg) verfaßten Aufsatze die Fleischer auf, sich genossenschaftlich reger zu betätigen. U. a. heißt es nach einer Schilderung der Bedeutung und der Leistungen der Konsumgenossenschaften:

Wenn man das Obengesagte . . . erfaßt hat, dann versteht man nicht, warum so viele aus den Reihen der Arbeiterschaft heute noch den Konsumvereinen gleichgültig gegenüberstehen, statt, wie es ihre Pflicht wäre, durch ihren Beitritt diese Organisationen zu stärken und auszudehnen. Auch in den Reihen der Fleischergesellen findet man nicht den genossenschaftlichen Geist, wie er notwendig wäre. Nur dann, wenn in irgendeinem Ort eine Konsumschlachterei oder ein Fleischwarengeschäft errichtet werden soll, entdeckt der eine oder andere Fleischergeselle, ja, sogar mancher Meister, sein für die Konsumvereine entflammtes Herz und ist ganz enttäuscht, wenn er nicht das große Los dabei zieht, sondern sich sagen lassen muß, daß man als Genossenschaftler auch für die Genossenschaft zu arbeiten und für deren Weiterstarkung zu sorgen hat. Es ist nicht im Sinne der Rochdaler Weber, wie ein Teil der Kollegen den Genossenschaftsgedanken auffassen und aufgefaßt haben . . . .

Von den britischen Genossenschaften.

Nach dem soeben erschienenen inhaltreichen People's Year-Book 1926", mit statistischen Angaben über die Entwicklung der „Co-operative Union" im Jahre 1924, waren ihr angeschlossen 1445 genossenschaftliche Organisationen mit insgesamt 4 752 636 Mitgliedern, 140 770 676 Pfund Sterling Anteil- und Leihkapital, 13 471 675 Pfund Sterling Reserven, 207 211 Beschäftigten, die 25 596 987 Pfund Sterling Löhne und Gehälter im Jahre bezogen, 281 950 901 Pfund Sterling Gesamtumsatz und 21 396 595 Pfund Sterling Reinüberschuß. Die Konsumvereine, 1314 an der Zahl, umfaßten 4 702 868 Mitglieder, besaßen 94 053 941 Pfund Sterling Anteil- und Leihkapital und beschäftigten 134 419 Personen, die an Löhnen und Gehältern 17 534 892 Pfund Sterling bezogen, und erzielten bei 175 077 825 Pfund Sterling Umsatz einen Reinüberschuß von 18 947 448 Pfund Sterling. Ihre Zahl blieb gegen das Vorjahr stabil, ihre Mitgliederzahl nahm um 133 612, ihr Anteil- und Leihkapital um 6 130 884 Pfund Sterling, ihre Reserven um 420 040 Pfund Sterling, die Zahl der Beschäftigten um 5685, die Löhne und Gehälter um 596 665 Pfund Sterling, die Umsätze um 9 587 767 Pfund Sterling, der Reinüberschuß um 3 031 220 Pfund Sterling zu. Von den drei Großeinkaufsgesellschaften versorgen die englische und die schottische die Konsumvereine, die irische dagegen landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften.

Aus aller Welt.

Verbilligte Ferienreisen für Besitzlose.

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranstaltet auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl interessanter Ferien- und Studienreisen ins Ausland. Neben wertvollen volkskundlichen, geographischen, historischen, politischen und ähnlichen Eindrücken bieten diese Reisen hervorragende landschaftliche Genüsse, Seefahrten, romantische Gebirgsszenerien, reizvolle Städtebilder usw. An Auslandsreisen sind vorgesehen: eine Osterfahrt Brüssel—Paris vom 2. bis 7. April, eine Anfang Juli stattfindende zehntägige Fahrt nach Schweden (Saßnitz, Gotenburg, Ludvika, Besichtigung der berühmten Erzfelder, Stockholm, zweitägige Rückfahrt zur See nach Lübeck), eine Reise nach der Schweiz (Schaffhausen, Zürich, Luzern und Vierwaldstättersee, Interlaken, Bern, Basel) vom 25. Juli bis 2. August, dann eine zweite Reise Brüssel—Antwerpen—Paris vom 14. bis 22. August, eine Fahrt nach Prag—Wien—Salzburg—Berchtesgaden vom 22. bis 31. August. Endlich auch Mitte Juni eine achttägige große Gesellschaftsreise München—Triest—Venedig—Gardasee—München. Voraussetzung ist natürlich, daß sich möglichst bald genügend Teilnehmer anmelden. An Inlandsreisen sind vorgesehen: eine Rheinfahrt (Frankfurt a. M., Wiesbaden, Bingen, Koblenz, Bonn, Köln) vom 13. bis 20. Juni, eine Fahrt an die Nordsee (Hamburg, Helgoland, Bremen) vom 1. bis 7. August und eine in den Schwarzwald (Mannheim, Knibis, Triberg, Furtwangen, Feldberg, Freiburg) vom 22. bis 31. August. — Die Reisen werden vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit organisiert, so daß der einzelne Teilnehmer sich um nichts zu kümmern braucht. Die Teilnehmerkosten können in bequemen Ratenzahlungen beglichen werden. Alles Nähere über Kosten, Teilnahmebedingungen usw. enthält der gut ausgestattete illustrierte Prospekt, der gegen Einsendung von 30 Pfennigen vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Verzweiflungstat eines Arbeitslosen.

Am Sonnabend abend schoß der arbeitslose Chauffeur Paul Feigenträger in Erfurt auf seine Geliebte und mit einer Pistole. Die Frau, die einen Kinderwagen mit Säuglingen vor sich herschob, war sofort tot. Eine jüngere Schwester der Getöteten wurde durch einen Schuß in die Hand leicht verletzt. Der Säugling blieb unverletzt. Der Täter flüchtete. Als er sah, daß kein Entkommen mehr möglich war, erschoß er sich selbst.

Eine schwere Explosionskatastrophe

hat sich in Posen ereignet. In den an der Warthe gelegenen neuen Gaswerken flog ein Gasbehälter, der mehrere Stock hoch ist, mit einer furchtbaren Detonation in die Luft. Von den in den Gaswerken beschäftigten Arbeitern und Angestellten wurden 42 verletzt. Doch sind glücklicherweise keine Toten zu beklagen. Die Explosion rief eine allgemeine Panik unter der Bevölkerung hervor.

Ein schweres Bauunglück

ereignete sich am Sonntag vormittag auf dem Neubau des Großkraftwerkes Rummelsburg an der Köpenicker Chaussee. Dort stürzten aus einer Höhe von 19 Metern zwei Arbeiter in die Tiefe. Der eine war sofort tot, während sein Kollege mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Häuser, die an einem Tage erstehen,

hat die Berliner Baupolizei zu Versuchszwecken zugelassen. Das neue im Ausland schon seit einiger Zeit angewandte Verfahren benutzt für Bauzwecke Platten aus Eisenbeton mit Einlagen von einem Ausmaß bis zu zehn Metern Länge und vier Metern Höhe. Nach Fertigstellung der Platten ist es möglich, ein kleines Haus oder zwei bis drei Wohnungen an einem Tage im Rohbau herzustellen. Gegenwärtig sind nach dem neuen Verfahren in Berlin-Lichtenberg und Friedrichsfelde 138 Wohnungen für den Reichsbund der Kriegsbeschädigten fertiggestellt worden. Die neue Bauart, zu der Kranen und sonstige schwer transportable Aufbauten notwendig sind, lohnt sich nur, wenn eine größere Anzahl von Wohnungen gleichzeitig im Reihenbau errichtet werden kann. Die Wände werden auf der Erde ausgegossen. Alsdann werden sie nach der Erstarrung aufgerichtet und durch Oefen miteinander verbunden. Fenster und Holzrahmen werden schon vorher mit einbetoniert. Aeußerlich bieten die Häuser dasselbe Bild wie Bauwerke aus Ziegel. Die Dächer können flach oder in Dachziegelform hergestellt werden. Die Baukosten sollen für den Rohbau nach Angabe der Unternehmer 30 bis 40 Prozent billiger sein als im Ziegelbau. Ein Einfamilienhaus aus zwei bis drei Zimmern, Küche, Kammer, Nebengelaß und Bad soll insgesamt 9500 Mark kosten. Die Unternehmerfirma steht mit der Stadt Berlin in Unterhandlung, um zunächst einige hundert Häuser an verschiedenen Stellen der Stadt zu errichten. Die Baupolizei hat keine Bedenken geäußert.

Große Polizeiausstellung Berlin 1926.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, fand unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Abegg im Preußischen Ministerium des Innern eine Sitzung der Regierungskommissare der deutschen Länder wie der Reichs- und Staatsministerien zur Vorbereitung der Polizeiausstellung statt. Es steht zu erwarten, daß die „Große Polizeiausstellung 1926" ein umfassendes Bild von der internationalen Tätigkeit der Polizei bringen wird und nicht nur den Polizeifachleuten des In- und Auslandes mannigfache Anregungen geben, sondern auch dem Publikum einen interessanten Einblick in die vielseitige Tätigkeit der Polizei und zugleich wertvollste Belehrung bringen wird.

Ein Weltislamkongreß.

Auf dem kürzlich veranstalteten Indisch-Islamischen Kongreß in Djakja in Niederländisch-Indien wurde beschlossen, so schnell wie möglich zwei Delegierte der indonesischen Demat-Islam-Bewegung nach Hedschas zu entsenden, die sich mit den Anhängern des Demat-Islam der ganzen Erde in Verbindung setzen und auch die Bewohner der heiligen Stadt Mekka hinzuziehen sollen. Ferner soll eine Untersuchung über die Voraussetzungen und die Art der Organisation des Welt-Islam-Kongresses angestellt werden, der ursprünglich in Kairo geplant war, jedoch auf Bitten des Sultans Ibn Saffud nunmehr in Mekka abgehalten werden wird.

Die chinesische Universität in Moskau.

Die Zahl der Studierenden an der bolschewistischen chinesischen Universität in Moskau ist bisher auf 280 gestiegen. Die Studenten besuchen neben ihren Vorlesungen nicht nur die wissenschaftlichen Museen und die bolschewistischen Industrie-Unternehmungen, sondern auch die Kasernen der Roten Armee. Dabei werden nicht selten Versammlungen veranstaltet, auf denen Soldaten der Roten Armee und chinesische Studenten Ansprachen halten.

Am 24. Februar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Lehrling

Wilhelm Kranz

im blühenden Alter von 17 Jahren.

Wir betrauern seinen frühen Heimgang auf das innigste. Er hat sich durch sein stets reges Interesse für seine Berufsarbeit und durch sein freundliches und williges Benehmen ein dauerndes Gedenken bei uns gesichert. 10843

Fisch & Co.,
Eisenbau-Werkstatt.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Am Sonnabend, den 27. Februar, verstarb unser Verbandskollege, der Färbereiarbeiter

Karl Sabel

im Alter von 62 Jahren. 2192

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Abteilung Färberei Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 2. März, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Kl.-Tschansch 19.

Stadt-Theater

Montag 8 Uhr: 10878
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag 7½ Uhr:
„Der Karneval in Rom"
Mittwoch 7½ Uhr:
„Li-Tai-Pe"

Lobetheater
Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774.
Montag, Dienstag, abds. 8 Uhr:
Cäsar und Cleopatra.

Thaliatheater
Schweidnitzerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Montag, Dienstag, abds. 8 Uhr:
Der köstliche Weinberg.

Schauspielhaus
Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.
Täglich 8 Uhr: 10878
Gastspiel Elli Lenz
Die Teresina.
Donnerstag 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenz
Auftreten Walter Jankuhn
Zum 50. Male!
Die Teresina.
Freitag 8 Uhr:
Abschiedsgastspiel Elli Lenz
Auftreten Walter Jankuhn
Die Teresina.
Sonnabend 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Zum 1. Male:
Paganini.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
Der Orlow.
Sonntag und täglich 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuhn
Paganini.

Sofort Geld!
Leihamt Kostner
Albrechtstraße 52, I.

Gemeinnützige alkoholfreie Gaststätten
Renschestraße 45, Kleischstraße 28.
Größ. Auswahl in Einzelessen von 60 Pf. bis 1 Mk.
Abonnements-reis für Mittagbrot zu 40 u. 60 Pf.
Trinkgelder verboten.
Geöffnet von 12 bis ½6 Uhr

Liebich-Theater
Heute
Premiere
10887 des
sensationellen März-Programms!

Victoria-Theater - Tel. R. 2297.
Heute sowie jeden Tag 8½ Uhr:
Gastspiel des Herrnfeld Theaters mit Stall Meyer mit Y 10804
Der größte Lacherfolg dieser Saison mit
Anton Herrnfeld
Ferd. Grünecker
80 Pf. bis 3.50 Mk.

Schnittmuster, 2—10 Pf., **Lippert,** Heinrichstr. 16. 10

Kostüme Mäntel
neueste Wiener Schnitte, fertigt von 10 Mk. an
Wollner, Brüderstraße 34, I.

Bettfedern
Außergew. billiges Angebot.
Herzig
Matthiasstr. 100, 1. Etg.
an Privatpersonen. Kein Laden. Straßenbahn wird vergütet.

Theodor Stolle's Gesellschaftshaus
Breslau-Gräbschen, Straßenbahnlinie 20.
„Zur kleinen Schänke"
Heute Montag:
Bockbierfest mit Eisbeinessen
Für stimmungsvolle Musik u. Humor ist bestens gesorgt
Es ladet freundlichst ein 10880
Der Festwirt: Gustav Schnecker.

Nähmaschinen 10881
empfiehlt bei bekannter Zahlungserleichterung
Alfred Schlesinger, Schuhbrücke 22a.

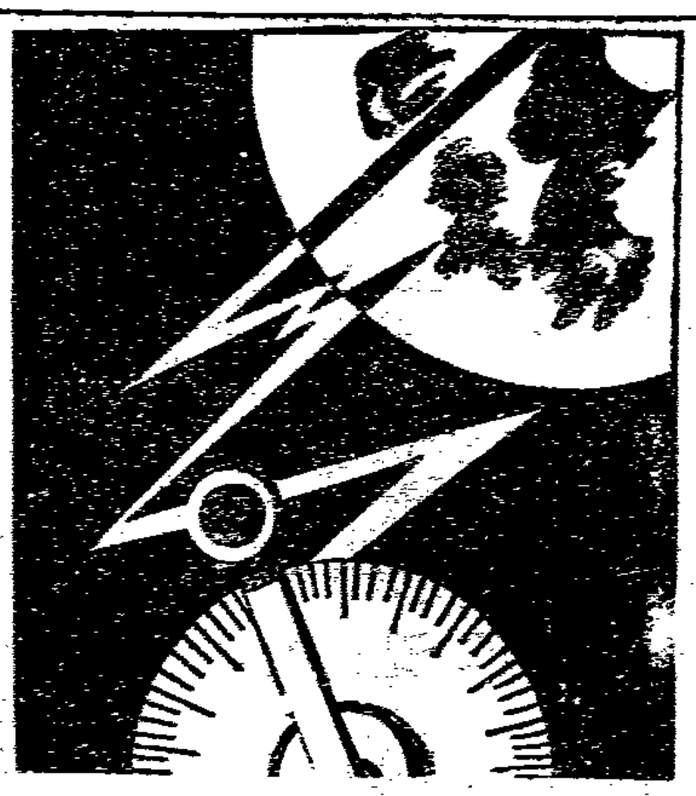
Paschke's Restaurant
Taschenstraße 21
„Bockbierfest"
vom 1. bis 6. März
in den festlich dekorierten Sälen mit künstlerischen Darbietungen
Jazzband-Kapelle
Anerkannt gute, billige Küche.

Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Übler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden sofort in vollkommen unschädlicher Weise beseitigt durch die erfrischende Zahnpaste **Chlorodont.** Überall zu haben.

385

Frühjahrs-Neuheiten
in
Herren-, Damen- u. Kostümstoffen
größte Auswahl
stadtbekannt billigste Preise
Hermann Kalischer
(Detail-Abteilung)
Karlsplatz 4 3350



DER »WOLDT«
Die Arbeitswelt der Technik

Das 6. Bücherkreiswerk
erscheint Ende März

Auskunft! Mitgliederannahme durch Zahlstelle »Der Bücherkreis«
Volkswacht-Buchhandlung Breslau 3, Kl. Groschenstr. 5

Das billigste Mittagessen

16843 erhalten Sie in der

„Nordsee"

Geschäftsführer: Feodor Trapp.

Nur Bohrauer Str. 2, a. d. Teichst.-Unterführ.
Nur Schmiedebrücke 19, rechts v. Ring aus.
Nur Neue Schweidnitzer Str. 5a, rechts v. d. Gartenstraße aus

Nur **3** Geschäfte haben wir in Breslau, kenntlich an **blauweißer** diese Flagge mit goldenem Schlüssel. Ähnlich lautende Firmen, wie „Nordseefische", „Zur Nordsee" usw., sind nicht die unsrigen.
Telefon: Stephan 31840, 31841, 31842. — Postscheck Breslau 3484.

Ab Montag früh 48296 Pfd. **blutfrische Seefische u. grüne Heringe.**

ff. blutfrische **grüne Heringe** Pfd **13** ₰
ff. blutfr. fetter **Seelachs** im Schnitt Pfd. **20** ₰
ff. blutfr. fetter **Kabeljau** im Schnitt Pfd. **25** ₰
und vieles andere ebenfalls billigst. Preise in den Fenstern.

Unsere Spezialitäten:
1 Liter Dose **Bratheringe**
1 „ „ **Bismarckheringe**
1 „ „ **Rollmops**
1 „ „ **Kronensardinen**
die Dose **85** ₰ aus neuen grünen Heringen

ff. Norw. Fett- **Vollbücklinge** Kiste m. 5 Pfd **125** ₰ Pfd. nur **30** ₰
ff. Danz. **Fettsprotten** ¼ Pfd. **11** ₰

Pfänder-Auktion
Donnerstag, den 4. März
Leihhaus Rickmann,
Matthiasstraße 113.

Guter und billiger
Mittags- u. Abendtisch
Altbüßerstraße 59, I. Et.

Auktion 9. März
Volks-Leihhaus
Weißenburgerplatz 7.

Frauenhaare!

lange, ausgekämmte, kauft zu höchsten Tagespreisen
Annahme täglich von 9—11 und 4—6 Uhr
Mittwoch keine Annahme
Selma Kunath, Frauenhaarhandlung
Breslau, Schillerstraße 21, hpt.

Nie wiederkehrendes Angebot
in
Möbeln
Beachten Sie meine Schaufenster!

Schlafzimmer, Eiche komplett	475 Mk.
Küche, komplett, m. br. Büfett	175 Mk.
Spiegelschrank, Eiche	175 Mk.
Nußb. Wäscheschrank, steilig	165 Mk.
Erle, polierter Wäscheschrank, steilig	125 Mk.
2 Bettstellen, Erle, mit Patent- und Auflegematratzen	175 Mk.
Chaiselongues	85, 65, 45, 25 Mk.

Bei Teilzahlung 50 Mk. Anzahlung, monatlich 30—50 Mk. Abzahlung. 10844

Albert Nowotny,
Weidenstraße 23/24.

Direkt aus der Fabrik

ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **2.10** per Liter einschl. Steuer
den berühmten
Alten Breslauer 35 %
Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**
Jamaika-Rum-Verschnitt 2.90 u. 3.50
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3.00** und **3.60** alles per Liter einschl. Steuer
Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Michaelisstraße 3 und Blücher-Platz 20. 10885

Billiger Verkauf!
Der weiteste Weg lohnt sich!

Bettbezug	2 Met. lang nur	4.95
Bettbezug	mit 2 Kissen	7.25
do. aus guten, kariert Stoffen	nur	7.95
Züchen	kariert, Meter	78 Pf.
Hemdentuch	Meter	59 Pf.
Konfirmand.-Anzüge	von	15.00 an
Konfirmand.-Wäsche	billigst	
Arbeitshosen	von	2.75 an

H. Wassermann
Friedrich-Wilhelm-Str. 35.

Damen-Hüte
Der **Detail-Verkauf** in **Seiden- und Übergangshüten** hat begonnen. Strohhüte werden **schon jetzt** auf neueste Formen umgenäht.
Nur **direkt** in der
Strohhutfabrik 3546
Freund & Krebs
Karlstraße 30
neb. d. Hofkirche

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Wohnungen
Kleines
möbl. Zimmer
bald zu vermieten.
A. Kiffner,
Friedrichstraße 18, III.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige

---

Gut erhaltener Korb-Kinderwagen „Bremabor", Gummiräder, zu verkaufen. Buchwald, Adalbertstr. 47, IV.

Konkurswarenverkauf

Die zur Konkursmasse der Schuhwarenhändlerin **Karoline Seliger, Breslau, Kupferschmiedestraße 52b,** gehörigen Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder werden dortselbst ab **Dienstag, den 2. März,** werktäglich in der Zeit von **9—12½** und **3—6 Uhr** zu außerordentlich niedrigen Preisen ausverkauft.

Otto Krause, Konkursverwalter
Herzogstraße 3.
10841

Für die Redaktion verantwortlich: Erich Stamer, für die Inserate: Max Cohn. — Druck: Hermann Hoffmann S. — Herausgeber: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Macht Euch bereit!

Donnerstag beginnt der Sturm gegen die Fürsten.

Von diesem Tage ab liegen die Einzeichnungslisten für das Volksbegehren öffentlich aus. Schon am ersten Tage müssen in Breslau Zehntausende von wahlberechtigten Männern und Frauen zur Eintragung ihres Namens in die Listen antreten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 1. März.

Ebert-Gedächtnisfeier.

Zwischen zwei brennenden Kandelabern, gebettet in Immergrünn, umrahmt von dem satten Leuchten des Schwarz-Rot-Gold steht das Bildnis des ersten Präsidenten der Deutschen Republik. Aber umflort ist dieses Bildnis einer der besten Söhne und Helden des Volkes, und Flor tragen auch die Fahnen der Reichsbannerleute, die auf der Bühne des Gewerkschaftshauses einen schimmernden Wald ihrer Zeichen aufgepflanzt haben. Und zu den Füßen des umflorten Bildnisses staut sich, eng Kopf an Kopf gedrängt, schwarz, schier unübersehbar, ein gewaltiger Zug von Tausenden, die sich zum Gedächtnis jenes schlichten, großen Mannes und zur Erinnerung an die in den Blutjahren des Weltkrieges dahingerraffte Blüte unserer Jugend vereint haben. In der ersten Platzreihe haben sich eingefunden: Regierungspräsident Jänicke, Polizeipräsident Kleibömer, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Eisenbahndirektionspräsident Born, Landgerichtspräsident Genosse Dr. Eisner, der Präsident des Provinziallandtages, Genosse Bandmann.

Weihevolle Stille der Tausende. Und gewaltig, beglückenden Trostes voll, erhebt sich Beethovens „Hymne an die Nacht" — gesungen vom Arbeiterchor — rauscht erhaben, schwillt an und verklingt. Genosse Ruffert zeichnet dann in markanten Worten die Bedeutung des ersten Präsidenten der deutschen Republik als Mensch und Führer. Er war ein Sohn des Volkes, den die Nöte seiner Zeit hart und lauter wie Stahl gemacht haben. Er war ein Führer, reinen Willens und zu der großen geschichtlichen Mission berufen, durch den opferfreudigen Einsatz seiner Persönlichkeit Volk und Staat vor dem Chaos zu erretten. Wieder singt der Arbeiterchor. Dann spricht Herr Frey würdige Worte, dem Andenken jener Männer geweiht, die ihr Leben für die Zukunft eines besseren Deutschland geopfert haben. Alle jene Toten waren Vorkämpfer der Republik und würden jetzt freudig in unseren Reihen stehen. Ihr Tod ist eine Mahnung, den auf Gerechtigkeit und Freiheit aufgebauten Volksstaat weiter zu verwirklichen. Nun senken sich die schwarz-rot-goldenen Fahnen des Reichsbanners und versunken in tiefe Ergriffenheit singt die Menge das Lied vom guten Kameraden. Dann wirbeln dumpf die Trommeln. Die Fahnenkompagnie des Reichsbanners rückt ab. Die zur ernsten Feier der Volkstrauer vereinten Tausenden verlassen den Saal und treten in den hellen Tag.

Der Kriegsblinde und sein Kaiser.

Auf dieser eleganten Straße mit dem freudigen Farbenrausch spiegelnder Scheiben, auf dieser eleganten Straße, die gepflegte Bürger mit schnittigen Bügelfalten um das duftgetränkte Edelwild der Halbwelt streifen, steht ein Kriegsblinder und bettelt.

Er ist etwa 30 Jahre alt und sein Gesicht ist gelb und starr wie der Kopf einer Pharaonenleiche. Nur manchmal geht von den toten Augäpfeln ein Zucken über dieses unirdisch gelbe und starre Gesicht, und auf der feldgrauen Uniform, die verwittert ist und von der Farbe der Binden, die Mumien umhüllen, klebt als schlichter Farbenfleck das Bändchen des E.K.

Er steht solange es Licht ist, an einem überladen prunkvollen Portal, der Kriegsblinde. Er steht steif, hält steif seine Mütz ausgestreckt und starrt erloschen in die Flederbüsche des Gartens dort drüben.

Er bettelt eigentlich nicht, der Kriegsblinde, er hat nur die Geste des Bettelns; er bettelt stumm und wohl deshalb auch mit so mäßigem Erfolg. Denn die gepflegten Bürger mit den schnittigen Bügelfalten mustern ihn abweisend aber ästhetisch verletzt. Manchmal wirft ihm eine von dem duftdurchtränkten Edelwild der Halbwelt scheu einige Münzen in die Mütze, und nur wenn Dienstmänner oder Kohlenfuhrleute kommen, lohnt sich die Geste des Bettelns.

Fast scheint er ein Gegenstand ohne Fühlen, dieser Kriegsblinde, ein primitiver Automat, der nur ein, zwei Bewegungen kennt.

Und doch warst du, Kamerad, einst ein Mann in deines kleinmütigen Kaisers großer Armee. Du fühltest die Passion endloser russischer Landstraßen, du stürmtest mit kochenden Pulsen, die Handgranate in der Faust, durch die Drahtverhaue an der Somme, du bäumtest dich wild unter der höllischen Marter des flammenden Granatenhagels, du erschauertest unter dem süßen, brennenden Locken im Lächeln der Mädchen von Gent. Du weißt, Kamerad, um die grellroten Fieberphantasien einer teuflischen Verwundung, weißt nun freilich auch um die erbärmliche Lüge vom Dank des Vaterlandes.

Wie man deine Menschenwürde beschimpft, Kamerad, daß du hier steif und steif, mit der Geste des Bettelns, stehen mußt. Was sagt denn dein oberster Kriegsherr dazu? Er, der oberste Deserteur, pflanzt Rosen oder auch Kohl in Doorn; er sägt Holz, steht vor dem Kurbelkasten und seit einigen Monaten liest er in den Zeitungen mit Behagen, welchen Millionensegen ihm seine getreuen Untertanen bescheren wollen.

Sie wissen ganz genau, daß Patriotismus nur ein Vorwand für Schiebungen und Profit ist; das wissen sie gar zu gut, Wilhelm von Doorn und seine Trabanten. Wüßten sie um die Menschenwürde, um die zertretene Menschenwürde, wüßten sie, welcher Zorn eines Erzengels in dir, Kamerad, und in deinen Schicksalsgefährten heimlich lodert, sie vergäßen bestimmt ihre „historisch fundierten" Ansprüche, ihre „nationale" Position und erinnerten sich vielleicht daran, daß auch „gesalbte Häupter" fallen können — wenn auch bestimmt nicht auf dem Felde der Ehre.

—se.

Das Breslauer Johannisfest

wird sich in diesem Jahre trotz des Widerspruchs der Gewerbetreibenden wiederholen. Die Messeverwaltung hat mit der Bürgerlichen Brauhaus A.-G. bereits wieder einen Vertrag wegen Ueberlassung des Messegeländes südlich der Jahrhunderthalle abgeschlossen. Die Schaustellerfirma Hugo Haase, die im vorigen Jahre das ganze Geld der Breslauer fortgeschleppt hat, soll diesmal allerdings nicht zugelassen werden.

Monarchistentrauer.

Gestern vormittag erschienen am Reichspräsidentenplatz eine Anzahl Herrschaften und legten Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen am Denkmal der 51er nieder. Man sah verschiedene Herren im wilhelminischen Putzt, Pickelhaube auf dem Kopf, Plempe umgeschnallt, bankgeputzte Knöpfe. Das Ganze wirkte auf die Vorübergehenden so grotesk, daß sie den Volkstrauertag vergaßen. Denn dieser Herrlichkeit trauern nicht mehr viele nach.

Konfirmation oder Jugendweihe?

Es ist seit Jahrhunderten Brauch, wichtige Lebensabschnitte festlich zu begehen. Kindheit, Jugendzeit, die Zeit der Reife.

Der Zeitpunkt, an dem heranwachsende junge Menschenkinder aus dem Kinderland hinüberschreiten in die reiferen Bezirke des Lebens, fällt mit der Schulentlassung zusammen. In der Gegenwart wird dieser Wendepunkt im Leben junger Menschen durch zwei verschiedene Feiern begangen: der eine Teil nennt sie Konfirmation, der andere Teil spricht von der Jugendweihe.

Da beide Feiern in bezug auf Form und Inhalt verschieden sind, ist es notwendig, sich zunächst einmal über das Wesen derselben klar zu werden. Erst wenn man den Sinn beider Feiern erfaßt hat, kann man darüber entscheiden, welche von beiden Feiern nach seinen persönlichen Anschauungen die richtige ist.

Die Konfirmation ist eine altkatholische Einrichtung, für die sich keinerlei Anhalt in der Bibel findet. Es war das Vorrecht des Bischofs, die Kinder zu „firmen", d. h. den Taufakt am herangewachsenen Kinde zu bestätigen, indem er den Taufakt in Salböl taucht und damit in Kreuzesform die Stirn der Konfirmanden berührt.

Luther hat diesen sakramentalen Akt der Firmung scharf bekämpft, so in der „Predigt vom ehelichen Leben", wo er den Müttern und Vätern zuredet: „Sonderlich meide das Affenspiel der Firmelung, welches ein reicher Lügenland ist. Die Bischöfe spotten unseres Gottes, sagen, es sei ein Sakrament Gottes, und ist doch nur eine Menschenfindlein . . . Sonderlich aber ist zu meiden der Bischofsgeizen lügenhaftes Gaukelwerk, die Firmelung, welche keinen Grund in der Schrift hat, und die Bischöfe die Leute nur mit ihren Lügen betrügen . . ."

Aehnlich haben Melanchton und Calvin geurteilt.

Die protestantische Kirche hat darum die Firmung abgelehnt. Erst nach und nach bürgerte sich sehr langsam der Brauch einer „Bestätigung" (kat. Konfirmation) der Taufe ein. Die Bewegung ging von Straßburg aus und war wesentlich ein Kompromiß an die Wiedertäufer. Die Konfirmation ist nach den Anschauungen der Theologen ein Gnadenmittel, ein Akt der Wiedergeburt, sie berechtigt den nunmehr reifen Christen zum Empfang aller heiligen Güter der Kirche (besonders des Abendmahls). Zuletzt wurde die Konfirmation in Staate Hamburg im Jahre 1832 eingeführt — in Sachsen ungefähr vier Jahre früher.

* * *

Im Mittelpunkt der Konfirmation steht das Gelübde: das apostolische Glaubensbekenntnis, welches vor 1600 Jahren durch Mehrheitsbeschluß zustandegekommen und durch grausamsten Terror „allgemeingültig" geworden ist. Die Kinder werden zu einem Glaubensbekenntnis veranlaßt, das sie nicht verstehen können und das unserer Zeit gänzlich entrückt ist; es wird ihnen ein Gelübde abgenötigt, das sie überhaupt nicht halten können.

Die Frage ist berechtigt: Sind Kinder mit 14 Jahren überhaupt fähig, ein Bekenntnis abzulegen? Diese Frage muß verneint werden. Sie sind nicht so weit, daß sie selbständig denken können.

Das Bekenntnis zu einer Weltanschauung (das Konfirmationsgelübde ist ein solches) setzt voraus, daß man über verschiedene Weltanschauungen selbständig urteilen könne. Dies wäre gleichbedeutend mit Erkenntnis in Philosophie. Da man mit Recht einwenden wird, daß Kinder mit 14 Jahren nicht reif sind, philosophische Fragen zu verstehen, wird man logischerweise zugeben müssen, daß sie dann auch in Weltanschauungsfragen, die ihnen die Kirche vorlegt, kein eigenes Urteil bilden können. Hinzu kommt noch, daß die Kirche den Konfirmanden keine Wahl läßt, sich für diese oder jene Weltanschauung zu entscheiden. Die Kirche unterrichtet die Konfirmanden einseitig im Sinne ihrer dogmatischen Weltanschauung. Die Kinder müssen dann bei der Konfirmation nur bestätigen, daß sie das, was ihnen im Konfirmandenunterricht aufokroyiert wurde, für ihre persönliche Weltanschauung halten. Sie handeln nicht aus eigenem Ermessen, sondern unter einem doppelten Zwang: erstens ist es der Zwang der Kirche, einen bestimmten Glauben öffentlich zu bekennen, zweitens der Zwang der Eltern, an der Konfirmation teilzunehmen. Hier besteht auch ein Zwiespalt insofern, als die Eltern das Kind zwar für fähig halten, eine Weltanschauung zu bekennen, andererseits darüber bestimmen, was das Kind glauben soll.

Unter diesen Umständen ist es zu verstehen, wenn seit Jahrzehnten liberale Geistliche bestrebt sind, den Treuschwur der am Altar Knienden fallen zu lassen; denn Verführung zum Meineid ist nicht jedermanns Sache. Zweifellos unterliegen die Konfirmanden einer Massensuggestion, wenn sie auf die Frage: Versprecht ihr auch, dem bekannten Glauben gemäß recht und christlich zu leben?" im Chor mit einem prompten „Ja" antworten. Ein „Nein" eines einzelnen ist schwer denkbar.

Hier ein paar Wort liberaler Geistlicher:

Hofprediger Stöcker: Viele Konfirmanden, ich will nicht sagen alle, bekennen einen Glauben, den sie entweder nicht teilen oder nicht verstehen.

Pfarrer Traub: Rein am geschichtlichen Befund gemessen, halten wir es für ein Ding der Unmöglichkeit, daß man ein solches Glaubensbekenntnis in der protestantischen Gemeinschaft von jungen Leuten als ihre persönliche Glaubensaussage fordern darf.

Pfarrer Jäger in Karlsruhe: Wer kann mit 14 Jahren geloben, „treu zu verharren bis ans Ende?" Der Pfarrer nimmt bei der Konfirmation ein Gelübde ab, von dem er weiß, daß es bei fast allen ganz bestimmt gebrochen wird und die Kinder stehen dabei unter einem moralischen oder konventionellen Zwang.

Der dänische Theologe Kierkegaard hat zweifellos den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er schreibt: „Ein Junge mit 15 Jahren! Handelte es sich um 10 Taler, so würde der Vater sagen: „Nein, mein Junge, das kann man dir nicht überlassen, dafür bist du hinter den Ohren noch nicht trocken genug." Wo es sich aber um die ewige Seligkeit handelt, und wo eine wirkliche Persönlichkeit herzehört . . ., da ist das Alter von 15 Jahren das passendste . . ."

* * *

Zeugen gegen die Konfirmation ließen sich noch beliebig vermehren. Aber zu den inneren Gründen kommt noch ein äußerer, und dieser ist heute der Hauptgrund, warum viele Eltern ihre Kinder noch an der Konfirmation teilnehmen lassen. Auch hierfür möchte ich einen Kronzeugen aus den Reihen der Theologen anführen:

Theologieprofessor Niebergall aus Heidelberg schreibt: „Im Mittelpunkt der Gedanken steht die Familienfeier, zu der die Paten und andere Leute eingeladen werden. Mitunter sagt die Mutter ihren Kindern ein ernstes Wort, aber meist werden solche Gedanken von den Sorgen: Was sollen wir essen, trinken und womit sollen wir uns kleiden, verschlungen. Die Konfirmationsfeier ist eine Gelegenheit, Staat zu machen, eine Reihe gesellschaftlicher Verpflichtungen zu erledigen und sich als Eltern von erwachsenen Kindern aufzuspielen . . . Die (kirchliche) Feier selbst macht man mit, sogar der Herr Papa, der gar nicht mehr weiß, wie man sich in einer solchen Kirche zu benehmen hat. Man findet die Zeremonie meist sehr schön, besonders wenn es eine rührende Rede gibt; denn der natürliche Mensch ist sehr gern gerührt, weil er sich darin sehr gut gefällt. Aber am Abend läßt man sich Essen und Trinken sehr gut schmecken; im Vorderhaus gibt es ein Diner und im Hinterhaus ein Fäßchen Bier."

Wenn selbst in den Reihen der Theologen die Zahl der Gegner einer Konfirmation immer größer wird, so dürfen diejenigen zweifellos recht haben, welche eine solche Feier als unzeitgemäß ablehnen. Der Grund, warum alle wahrhaft frei denkenden Menschen eine Konfirmation ablehnen, ist doch der, daß das Gelübde eine Vergewaltigung der Gewissensfreiheit des Kindes darstellt.

Notwendig ist also, daß eine Feier dem Empfinden fortschrittlicher Menschen Rechnung trägt und demzufolge frei von Gewissenszwang sein muß! Eine solche Feier ist die

Jugendweihe!

Sie ist kein „Ersatz" für die Konfirmation. Sie strebt vielmehr in bezug auf Form und Inhalt über das hinaus, was die Konfirmation bieten kann. Da werden die Schulentlassenen die Erinnerung an die Jugendweihe nicht verknüpfen mit der Vorstellung, ein Gelübde abgelegt zu haben, dessen Tragweite sie sich nicht bewußt gewesen und daß sie nicht gehalten haben. Aber sie werden der Jugendweihe gedenken als einer Weihestunde, die befruchtend und anregend für ihr späteres Leben geworden und ein nachhaltiges Erlebnis für sie gewesen ist. Deshalb ist die Jugendweihe die einzig vernünftige Feier der Gegenwart, darum ist sie zeitgemäß.

Nach vorstehend Gesagtem wird es allen freiheitlich und fortschrittlich gesinnten Eltern nicht schwer fallen, für welche von beiden Feiern sie sich entscheiden sollen.

Die Konfirmation ist die Feier des Gewissenszwangs, des geistigen Rückschritts, der Vergangenheit — die Jugendweihe ist die Feier der Gewissensfreiheit, des geistigen Fortschritts, der Gegenwart und Zukunft.

Wem aber die innere Wahrhaftigkeit seiner Kinder am Herzen liegt, der wird die Jugendweihe als würdigere Feier in der heutigen Zeit vorziehen.

Paul Kersch.

Anmeldungen zur Aufbauschule.

Auf verschiedene Anfragen von Eltern dreizehnjähriger begabter Volksschüler teilen wir an dieser Stelle mit, daß Anmeldungen zur Aufbauschule an Oberstudiendirektor Dr. Fox an der Bender-Oberrealschule zu richten sind.

Kurzarbeiterfürsorge.

Der Magistrat gibt bekannt:

Der Reichsarbeitsminister hat durch Anordnung vom 20. Februar Bestimmungen über Kurzarbeiterfürsorge erlassen, die im wesentlichen folgendes enthalten:

Arbeitnehmer eines gewerblichen Betriebes, in dem regelmäßig mindestens 10 Arbeitnehmer beschäftigt werden, erhalten aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge Kurzarbeiterunterstützung, wenn in einer Kalenderwoche 3, 4 oder 5 volle Arbeitstage ausfallen und dadurch der Arbeitsverdienst entsprechend verringert wird. Wird in regelmäßigem Wechsel eine Kalenderwoche hindurch gearbeitet und eine gefeiert, so steht die Feierwoche dem Ausfalle von je drei vollen Arbeitstagen in den beiden Kalenderwochen gleich. Die Unterstützung darf in einer Woche, in der drei Arbeitstage ausfallen, einen Tagessatz der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigen, die dem Arbeitnehmer zuständen, wenn er erwerbslos wäre. Bei dem Ausfall von vier Arbeitstagen dürfen höchstens zwei Tagessätze, von fünf Arbeitstagen höchstens drei Tagessätze der Erwerbslosenunterstützung gezahlt werden. Kurzarbeiter mit mindestens drei zuschlagsberechtigten Angehörigen Tagessätzen, wenn fünf Arbeitstage ausfallen, bis zu dreieinhalb Tagessätzen, wenn fünf Arbeitstage ausfallen bis zu dreieinhalb Tagessätzen der Erwerbslosenunterstützung erhalten. Die Unterstützung ist nicht zu gewähren, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie nicht benötigt wird. Notstandsarbeiter erhalten keine Unterstützung. Im allgemeinen darf die Unterstützung nur gezahlt werden, wenn in dem Betriebe unmittelbar zuvor in zusammenliegenden Kalenderwochen insgesamt mindestens acht volle Arbeitstage, in jeder Kalenderwoche aber mindestens zwei volle Arbeitstage ausgefallen sind. Auf die Frist von 8 Tagen dürfen mehr als drei Tage in jeder Woche nicht angerechnet werden. Die Unterstützung darf auch gewährt werden, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor mindestens drei Wochen hintereinander geruht hat. Die Auszahlung darf erst erfolgen, nachdem der Arbeitgeber dem öffentlichen Arbeitsnachweis eine Anzeige erstattet hat, aus der sich ergibt, daß die Voraussetzungen für die Unterstützung erfüllt sind. Sie beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem öffentlichen Arbeitsnachweise folgt. Unterläßt der Arbeitgeber die Anzeige, so kann sie von der Betriebsvertretung und soweit eine solche nicht besteht, von jedem Arbeitnehmer des Betriebes erstattet werden.

Sozialisten in der Kirche.

Vom Bunde der religiösen Sozialisten werden wir um Aufnahme nachstehender Zeilen gebeten:

Bei der Beratung des Haushalts des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hielt im November vorigen Jahres der demokratische Abgeordnete Graue, Pfarrer an der Marienkirche in Berlin, eine Rede, in der er eingehend das Verhältnis der Republik zur Kirche erörterte.

Graue führte u. a. aus: „Es steht so, daß die Pflege der Religion in der evangelischen Kirche dadurch schwer gefährdet und verunreinigt wird, daß die Parteien der politischen Rechten auf die evangelische Kirche ihre schwere

hatte gelegt haben und sie ganz unverhohlen für ihre politischen Zwecke in Anspruch nehmen." Je reaktionärer die Kirche, desto reaktionärer und schwärzer werden ihre Grundsätze und wirken sich schließlich in der ganzen Schule als Grundgesinnung aus.

Als Mittel dagegen, führt Graue fort, müsse sich auch die **Sozialdemokratie um die Kirche kümmern**, sie als Gemeinschaftssache, als eine Größe von großer politischer Bedeutung anerkennen. „Nur dadurch, daß überall, in allen Körperschaften der Kirche auch Sozialdemokraten und Demokraten sitzen, ist diese Gefahr zu bannen. Mit einem Schlage, auf den ersten Anhieb, läßt sich schon bei den nächsten Kirchenwahlen die Entpolitisierung der evangelischen Kirche erzwingen, läßt sich die jetzt fast unbestrittene kirchliche Alleinherrschaft der Deutschnationalen beseitigen. Sie werden, meine Damen und Herren, bald sehen, daß es Freude macht, in einer solchen Kirche mitzuarbeiten, in einer Kirche, die sich rein religiös der inneren und äußeren Notstände unseres Volkes annimmt, und Sie werden viele Pfarrer finden, die über die Umbildung der politisch und starr gewordenen Kirche zu einer sozial eingestellten wirklichen Volkskirche geradezu glücklich wären." Soweit Pfarrer Graue.

Vom Kirchensenat wurde kürzlich die Anstellung von sozialen Pfarrern und weitere Heranziehung von Personen auch aus dem Arbeiterstande zur kirchlichen Sozialarbeit im Hauptamt gefordert. Wollen wir diese Arbeit sabotieren?

1840 kamen pro Kopf der Bevölkerung auf die Kirche 42 Pf., im Jahre 1914 96 Pf., jetzt sind es 1,64 Mark. Sollen wir Republikaner uns deshalb in der Kirche entrechten, und als Kirchenchristen zweiter oder dritter Ordnung behandeln lassen? Ja schlimmer noch. Sind wir nicht in gewisser Beziehung mitschuldig daran, daß es Geistliche gibt, die im Sozialdemokraten lediglich gefährliche Hetzer sehen und sie als solche denunzieren und mittelbar, wie es in **Perlach** geschehen ist, **vom Leben in den Tod befördern lassen**? Hätte das geschehen können, wenn sich Sozialisten an der Mitarbeit in der Kirche beteiligt hätten?

Wer hat den Schaden, wenn die Sozialdemokratie sich ausschließt, wer den Nutzen? Schadet's der Kirche? Wenn wir die Geistlichkeit in der Kirche schalten und walten lassen wollen, wie sie will, weshalb kümmert man sich da um die berüchtigte Kaisersgeburtstagsrede, die Hofprediger Dr. Vogel in der Friedenskirche hielt?

Nein, wir müssen am Bau der Kirche, die wir zu unserer Volkskirche gestalten wollen, mit Hand anlegen. Schließen wir uns alle, die wir dazu guten Willens sind, zusammen und seien wir Handlanger am und für den Bau unserer Volkskirche.

Es gibt einen Weg vom Sozialismus zum Christentum und vom Christentum zum Sozialismus. Wer ihn beschreiten will, werde unser Mitglied und Mitarbeiter.

Vom Lebensmittelmarkt.

Die Preise auf dem Lebensmittelmarkt haben sich in dieser Woche fast nicht verändert und wo einige kleine Verschiebungen zu verzeichnen sind, war es, mit Ausnahme der Eier, lediglich eine Erhöhung der Preise. So wurde u. a. auch gute **Molkereibutter** um 5 Pf. das Pfund teurer, sodaß man diese Ware nun mit 2,10—2,40 Mk. das Pfund bezahlen muß. **Landbutter** kostet weiter 1,80—2,00 Mk. und dänische Butter 2,50 das Pfund. Endlich wurden die Preise für **Eier** etwas herabgesetzt. Doch wenn jetzt ein Stückpreis von 10 und 11 Pf. gefordert wird, so reicht dies noch lange nicht an den Vorkriegspreis heran. Weißkäse wird für 25 und 55 Pf. das Pfund verkauft. **Landsirup** wurde an verschiedenen Stellen mit 20 Pf., aber auch mit 35 Pf. pro Pfund gehandelt.

Auf dem **Gemüsemarkt** wurden ebenfalls einige Artikel teurer. So forderte gutes **Weißkraut** bis 25 Pf. für das Pfund. Das Pfund **Spinat** wollte sogar mit 60 Pf. bezahlt sein und gute **Mohrrüben** mit 12 Pf. pro Pfund. Das Pfund **Grünkohl** kostete 15 Pf., diesen Preis hat auch der **Weißkohl**. **Rapunzel** wurde mit 90 Pf. und 1 Mk. das Pfund gehandelt. Riesengroß ist das Angebot an **Blumenkohl** und besonders die Straßenhändler erzielen einen recht großen Umsatz. Hier wird die Rose mit 30 und 40 Pf. verkauft. An jungem Gemüse gab es **Blattsalat**, den Kopf zu 35 bis 60 Pf. **Individiensalat**, die Staude zu 60 Pf. bis 1 Mk.; **Rhabarber**, das Pfund zu 80 Pf. und **Schnittbohnen**, das Pfund zu 2,50. Der Preis für ein Pfund **Maltakartoffeln** war 25 Pf. und für das Pfund **Nierenkartoffeln** 50 Pf. Junge **Petersilie** und **Schnittlauch** ist immer am Markt. Das Pfund **Steckzwiebeln** wird für 60 Pf. verkauft. Die Fischgeschäfte boten wieder große Posten **grüne Heringe** an. Zwei Pfund wurden zu 25 Pf. abgegeben. **Seelachs** kostet 19 Pf., **Goldbarsch** und **Kabliau** 25 Pf., **Schellfisch** mit Kopf 28 Pf., im Schnitt 35 Pf. und **Schollen** ebenfalls 55 Pf. das Pfund. **Weiße Koteletts** wurden zum Pfundpreise von 58 Pf. abgegeben. An **Flußfischen** gab es in dieser Woche lebende **Weißfische**, das Pfund zu 50 und 60 Pf., lebende **Bressen**, das Pfund zu 80 Pf., geschlagene Bressen, das Pfund zu 65 Pf., geschlagene **Bleie**, das Pfund zu 75 Pf. und geschlagene **Hechte**, das Pfund zu 1,20—1,40 Mk. Lebende **Karpfen** forderten 1,40—1,70 Mk. das Pfund, **Schleien** 1,80—2,00 Mk. und **Aale** 2,90—3,20 Mk. An **Räucherwaren** hatte man wiederum eine sehr große Auswahl. Am billigsten waren die **Bücklinge**, die schon zum Pfundpreise von 25 Pf. abgegeben wurden. Für das Pfund **Fettsprotten** wurden 44 Pf., für **Kieler Sprotten** 1,20 Mk. gefordert. **Geräucherter Seelachs** und **Rochen** kostete 60 Pf., **Flundern** 60—95 Pf. und geräucherter **Goldbarsch** 80 Pf. das Pfund.

Die Preise in den **Fleischereien** erfuhren keine Veränderungen. Während die Preisunterschiede des **Schweinefleisches** beim Frisch- und Gefrierfleisch keine wesentlichen sind, sind diese bei dem **Rindfleisch** sehr erheblich. So kostet z. B. **Gefrierrindfleisch** als **Dünnung** 60 Pf., als **derbes** mit Knochen 74 Pf. und als derbes ohne Knochen 84 Pf. Dagegen kostet das frische **Rindfleisch** als Dünnung 90 Pf., als **Kamm und Brust** 90 Pf., derbes **Rindfleisch** ohne Knochen 1,15 und 1,20 Mk., **Roulade** 1,25 Mk., **Filet** 1,30 Mk. und 1,40 Mk. das Pfund. Das **Schweinefleisch** behielt die Preise der Vorwoche. Es ist also von 1,10 Mk. an bis zu 1,50 Mk. das Pfund zu haben.

Besonders in **Hammelfleisch** machen einige Geschäfte recht billige Angebote. Hier wird das Pfund schon von 80 Pf. an verkauft. Für **Kalbfleisch** zahlt man je nach dem Stück 1,00—1,20 Mk., für Kalbfleisch ohne Knochen 1,50—1,80 Mk. **Frischer Speck** und **Lungenfett** soll in den meisten Geschäften wieder 1,20 und 1,25 Mk. bringen. Für das Pfund ausgelassenes **Schweineschmalz** zahlt man 1,50 und 1,60 Mk., für **Wurstfett** 85 und 90 Pf. das Pfund.

Die **Wild- und Geflügelgeschäfte** waren ebenso wie in der Vorwoche mit **Hirsch- und Rehfleisch** reichlich versorgt. Neben unseren schlesischen **Hühnern** und **Gänsen** werden nun auch schon diesjährige Hamburger **Gänse** und **Enten** angeboten. Letztere haben natürlich Liebhaberpreise von 2,50 Mk. pro Pfund. **Tauben** haben einen Stückpreis von 70 Pf. und 1,00 Mk., daneben gibt es auch noch **Florentiner Masttauben**, das Stück zu 1,75 und 2,00 Mk. Groß ist das Angebot an **Hühnern** zum Pfundpreise von 1,10—1,30 Mk. und **schlesische Puten**, die denselben Pfundpreis wie die Hühner haben.

Der **Obstmarkt** hat ein buntes Aussehen. Neben allerhand **Auslandsäpfeln**, deren Preis eine Kleinigkeit heruntergeht, gibt es **Pfirsiche**, das Stück zu 1,25 Mk. und **Pflaumen**, das Stück zu 40 und 50 Pf. und **Tiroler Birnen**, das Pfund zu 1,00 Mk. Einen Massenumsatz erzielen täglich **Apfelsinen** und **Mandarinen**. Auch kann man noch schöne **Weintrauben** essen, das Pfund zu 1,00 Mk. und 1,20 Mk. **Bananen** werden zum Stückpreise von 10—20 Pf. abgegeben. [illegible] auch noch mehr.

---

* **Reifeprüfung.** [illegible] Oberschulrätin Dr. [illegible] fand an der hiesigen [illegible] am 23. Februar die letzte Lehrerinnenprüfung und am 24. und 25. Februar die erste **Reifeprüfung des Oberlyzeums neuen Stiles** statt. Sämtliche 26 Seminaristinnen bestanden, davon acht unter Befreiung von der mündlichen Prüfung. Zur Reifeprüfung hatten sich 19 Abiturientinnen gemeldet, von denen 16 zur Prüfung zugelassen wurden. Zwölf von diesen bestanden die Prüfung vorbehaltlich der Genehmigung durch den Herrn Minister.

* **Letzter Ziehungstag Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie.** Wie uns die Firma **Arndt**, Staatliche Lotterie-Einnahme, Breslau V, Eckhaus Tauentzienplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 500 000 Mark und 1000 Mark auf Nr. 285 623, 3000 Mark auf Nr. 7304, 238 510, 2000 Mark auf Nr. 19 369, 42 134, 101 961, 221 332, 1000 Mark auf Nr. 6143, 104 007, 120 092, 159 521, 194 228.

* **Der Bund der Kinderreichen** berichtet uns, daß die am 22. Februar in Pförtners „Harmonie" stattgefundene Monatsversammlung im Bezirk Gräbschen gut besucht war. Der Vortrag „**Die vier Temperamente bei Kindern**", gehalten von Prokurist **Scholz**, hatte dazu beigetragen, der Bewegung neue Freunde zuzuführen.

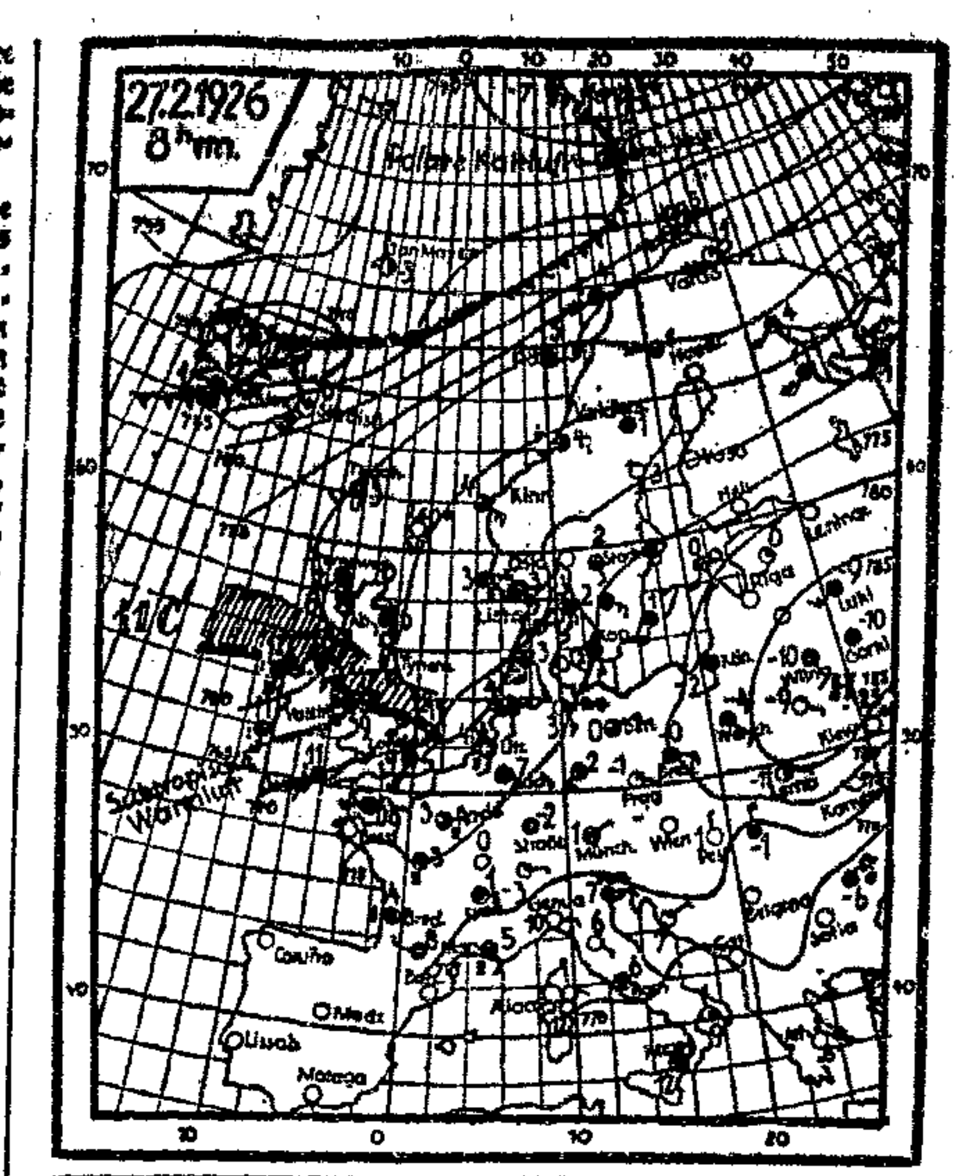
* **Schlesisches Museum der bildenden Künste.** Die Ausstellung der Berliner Sezession, die sich nach wie vor des regsten Besuches erfreut, bleibt mit Rücksicht auf die vom 7. bis 9. März stattfindende Frühjahrsmesse noch bis Dienstag, den 9. März geöffnet.

* **Der Tierschutzverein** hat an den Polizei-Präsidenten das Ersuchen gerichtet, wiederum eine Milderung in der Handhabung der Sperrmaßnahmen zu verfügen, da neue Fälle von Tollwuterkrankungen nicht bekannt geworden sind.

* **Die Feuerwehr** wurde am Sonnabend kurz vor 5 Uhr abends nach **Trebnitzer Straße 22** alarmiert. In einem Wirtschaftskeller waren wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit beim Umgange mit Licht eine Holzkiste und ein Sack in Brand geraten. Kurz vor 8 Uhr abends wurde auch die [illegible] nach **Kolen**[illegible] [illegible] stand der ganze Dachstuhl in Flammen. Das Feuer wurde mit einem Schlauchgange gelöscht. Nach zweieinhalbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Am Sonntag gegen ½10 Uhr abends wurde die Feuerwehr zu einem Schornsteinbrande nach **Neudorfstraße 96** alarmiert.

* **Gefunden im Gewerkschaftshause:** ein Regenschirm, eine Brille, mehrere Mützen, Taschentücher, Handtaschen, Handschuhe. Abzuholen am Büfett.

* **Arbeiterrückfahrkarten** können auch an Festtagen benutzt werden. Im Sinne des Reichsbahn-Personentarifs sind dies der Neujahrstag und Karfreitag, der Ostermontag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag und Fronleichnamstag, Peter-Paulstag, der allgemeine Bußtag, der erste und zweite Weihnachtsfeiertag, ferner der Tag nach dem zweiten Oster-, Pfingst- und Weihnachtfeiertag.



Zeichenerklärung: O wolkenlos, ◔ ¼ bedeckt, ◑ ½ bedeckt, ◕ ¾ bedeckt, ● ganz bed. ⁝ Regen, * Schnee, △ Graupel, ▲ Hagel, ⚡ Gewitter, ∞ Dunst, ≡ Nebel. Die Spitzen der Windpfeile liegen im Stationskreis; die Befiederung gibt die Windstärke an. Windstille: ◎. Die Zahlen geben die Temperaturen in C°. Beispiele: 3 O wolkenlos, leichter Ost, 3°; 15, ¾ bedeckt, Gewitter, mäßiger Südwest, 15°, 4, ganz bedeckt, Schnee, starker Nordwest, −4°. Schlechtwettergebiet mit anhaltend. Niederschlag. Gebiet mit Schauerniederschlägen. Zusammenhängendes Nebelgebiet. Warmfront (Aufgleitlinie). Kaltfront (Einbruchslinie). Divergenzlinie. Fronten, die nur in der Höhe erkennbar sind, werden durch die gleichen Symbole aber mit offenen Feldern angedeutet. Schwach ausgeprägte Fronten werden durch lockere Felder gekennzeichnet. Die Orte mit gleichem auf Meeresspiegel reduziertem Luftdruck sind durch feinere ausgezogene Linien (Isobaren) verbunden. Hochdruckgebiete sind durch H, Tiefdruckgebiete durch T gekennzeichnet. Die Luftdruckwerte in mm-Quecksilber sind als dreistellige Zahlen angegeben. Zur Nummerierung der Zyklonen dienen große offene arabische Ziffern mit lateinischen Großbuchstaben.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Gegen die aus russischen Kaltluftmassen ausströmende Kaltluft, die Ostdeutschland im Verein mit nächtlicher Ausstrahlung erheblichen Frost brachte, versucht milde Luft anzudringen. Gefolgt von maritimer Polarluft hat sie jedoch nur bis an die Westgrenze der Provinz vorzustoßen vermocht. In Schlesien konnte so am Sonntag bei fast völlig klarem Himmel die Temperatur bis zu 9 Grad ansteigen. Die bereits abgeschobene milde Luft ruft im übrigen Deutschland noch geringen Regen hervor. Bei uns wird sie sich nur durch zeitweilige stärkere Bewölkung bemerkbar machen. Die intensive Zyklonentätigkeit über dem Nordmeer wird uns nicht wesentlich berühren. **Aussichten:** Nachtfrostgefahr, zeitweilig stärker bewölkt, tagsüber mild.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 1. 3. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min.	Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe cm
Krietern	−2	6	−2	heiter	OSO 2		
Schneekoppe	−3	−1	−8	„	S 3		49
Grünberg	−1		−2	„	SO 4		
Oberschreiberhau	−3	9	−5	klar	SW 1		
R.-Schles. Baude	−5			„	N 2		80
Reifträgerbaude	−9			„	SW 2		80
Reinerz	−5	7	−6	heiter	SW 2		
Landeck	−4	4	−4	klar	NO 3		
Görlitz	1	8	−0	heiter	S 1		
Bad Flinsberg	−1	9	−7	„	SO 5		
Beuthen	−6	3	−7	Nebel			
Breslau	−4	6	−6	„	SO 2		
Heufuderbaude	−6	−1	−6	klar	SW 2		60
Kreuzburg	−2	5	−2	„	OSO 1		
Neisse	−5	6	−5	„	still		
Rosenberg	−8	5	−8	„	OSO 5		
Gleiwitz	−2	4	−5	Nebel	OSO 2		
Zobten	−3	6	−3	klar	SW 3		

Wasserstand

1. März.

Ratibor	1,98	Dyhernfurth	3,12
Neisse (Stadt) 28. 2.	−0,26	Abflußmenge sekundlich 273 cbm	
Neissemündung (Unter-Pegel)	2,19	Treschen	1,70
Kosel (Unter-Pegel)	3,86	Fürstenberg (27. 2.)	2,12
Brieg ([illegible])	3,06	Wasserwärme: +3,4	

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Sozialdemokratische Stadträte, Stadtverordnete, Bürgerdeputierte und Bezirksvorsteher. Am **Mittwoch**, den 3. März, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 9, eine

wichtige Konferenz

statt. Die Tagesordnung ist von großer Wichtigkeit. Es wird erwartet, daß jeder Genosse bestimmt erscheint.

Frauenleiterinnen, Stellvertreterinnen und andere weibliche Funktionäre der SPD.

Am **Donnerstag**, den 4. März, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus (Zimmer wird noch bekanntgegeben) eine **wichtige Versammlung** statt. Keine Frau darf den Abend versäumen.

Distrikt 31, 32. Heute Frauenabend. Für Genossen Gabriel spricht Hugo Cohn über „Erlebnisse in Amerika."

* * *

Arbeiterwohlfahrtsausschuß. Die für Freitag, den 5. März, angesetzte Sitzung fällt aus. Der nächste Termin wird noch bekanntgegeben.

S.O. Kolonnenführer und Abteilungsleiter. Heute abend, pünktlich 7 Uhr, **wichtige Sitzung** im Parteisekretariat, Zimmer 37.

S.O.-Mitglieder und Abteilungsfunktionäre. **Wichtige Sitzung** morgen abend (also Dienstag, den 2. März,) 7½ Uhr, in den morgen noch zu veröffentlichenden Lokalen. Kein S.O.-Mitglied und Funktionär darf fehlen. Tagesordnung sehr wichtig!

Abteilung innere Stadt und SO.-Kolonne 13. Alle Abteilungsfunktionäre und SO.-Leute haben bestimmt am Dienstag abend um 8 Uhr im Restaurant Wallochny („Roter Löwe") Kupferschmiedestraße 21, zu erscheinen.

Abteilung Nikolaitor. S.O. und Funktionäre der Partei. Dienstag, abends 7½ Uhr, bei Graf, Westendstraße, sehr wichtige Sitzung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Arbeiter-Jugend.

Funktionäre. Dienstag abend findet unsere Funktionärversammlung im Gewerkschaftshause, Zimmer 13, statt. Alles hat pünktlich zu erscheinen.

Heim 17. Dienstag abend treffen sich alle Funktionäre um ½8 Uhr am Wachtplatz. Am Mittwoch fällt unser Heimabend aus.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Singechor. Dienstag, 5 Uhr, Treffen am Stadtgraben, Ecke Ohlauer Straße.

Musikgruppe. Dienstag, 4¾ Uhr, Treffen in der Wohnung von Heinrich Geppert, Gabitzstraße 93, 3. Etage.

Konfirmanden. Sonntag, 9 Uhr, Treffen in der Volksschule Waterloostraße.

Gruppe 1 (Ohlauer Straße). Diese Woche bleibt das Heim wegen der Renovation geschlossen.

Gruppe 2 (Scheitnig). Montag, 5 Uhr, Basteln der bis 13 Jahre alten Jungen; Dienstag, 5 Uhr, Jüngeren-Gruppe; Mittwoch, 5 Uhr, Aelteren-Gruppe; Donnerstag, 5 Uhr, Basteln der über 13 Jahre alten Jungen; Freitag, 5 Uhr: Basteln der Mädels.

Gruppe 3 (Odertor). Unsere Gruppe bleibt bis zum 21. März geschlossen. Am 12. März findet eine Elternversammlung statt. Näheres folgt noch.

Gruppe 4 (Nikolaitor). Montag und Freitag, 4½ Uhr, Aelteren-Gruppe; Mittwoch, 4½ Uhr, Zusammenkunft aller Kinder; Donnerstag, 4½ Uhr, Jüngeren-Gruppe.

Gruppe 5 (Gräbschen). Mittwoch, 4¾ Uhr, Treffen Yorckstraße, Ecke Herderstraße.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Montag, 5 Uhr, Basteln der Jungens in der Baracke; der Mädels bei der Genossin Neugebauer; Mittwoch, 5 Uhr, Aelteren-Gruppe; Freitag, 5 Uhr, Schattenspiele.

Wir weisen schon heute darauf hin, daß am 23. März im Gewerkschaftshause unsere Elternversammlung stattfindet.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Herrnfeld-Theater, Gastspiel im Viktoria-Theater. „Stall Meyer mit y", die dreiaktige Komödie von Anton Herrnfeld hatte am Sonnabend im Viktoria-Theater einen Bombenerfolg. Immer wieder durchbrausten Lachstürme das ausverkaufte Haus und entsprechend lebhaft war die Beifallsbezeichnung des Stückes und die Hauptdarsteller.

Vereinskalender.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Am Montag, 1. März, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses, allgemeine Mitgliederversammlung.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Dienstag, den 2. März, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Betriebs- und Beamtenräte statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweiskarte und Mitgliedsbuch (Buchkontrolle) berechtigen zum Eintritt.
Die Ortsverwaltung.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Fachgruppe der Bauhilfsarbeiter. Dienstag, den 2. März, abends 7 Uhr, findet im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses die Fachgruppen-Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1925 und Aussprache; 2. Wahl der Ortsverwaltung; 3. Wahl eines Delegierten zum außerordentlichen Verbandstag; 4. Gewerkschaftliches.

Jugendabteilung. Mittwoch, den 3. März, abends 7½ Uhr, findet im Zimmer 13 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der in diesem Jahre freiwerdenden Jugendkollegen statt. Tagesordnung: Prüfungsfragen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, zu diesen Versammlungen zu erscheinen. Mitgliedsbuch weist aus.
Die Ortsverwaltung.

Schnupfen

entwickelt sich oft zu einem Hals- und Bronchialkatarrh, wenn man nichts dagegen tut. Machen Sie ihm ein schnelles Ende mit **Forman**. Die Nase bekommt sofort Luft; Anschwellung, Brennen, Kopfschmerzen und die lästige Schleimabsonderung hören auf. **Forman** erhalten Sie in allen Apotheken und Drogerien. Verlangen Sie nicht „ein Mittel gegen Schnupfen", sondern verlangen Sie klar und deutlich „**Forman**", eine Dose für 60 Pfennig.

1040

Gewerkschaftsbewegung.

Fünfundzwanzig Jahre internationale Gewerkschaftsbewegung.

Von Joh. Sassenbach,
Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Am 21. August 1901, gelegentlich des in Kopenhagen abgehaltenen skandinavischen Arbeiterkongresses, traten die dort anwesenden Vertreter der Gewerkschaftszentralen von Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Finnland, Norwegen und Schweden zusammen, um über die Möglichkeit eines engeren Zusammenschlusses zu beraten. Man einigte sich dahin, von internationalen Gewerkschaftskongressen abzusehen und statt dessen regelmäßige Konferenzen der leitenden Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen abzuhalten. Diese Konferenzen sollten stets mit dem Gewerkschaftskongreß des Landes, in dem man tagte, verbunden werden. Es wurde denn auch beschlossen, die nächste Konferenz im folgenden Jahre gelegentlich des deutschen Gewerkschaftskongresses in Stuttgart abzuhalten.

Der oben erwähnten Kopenhagener Konferenz waren von englischer Seite einige vereinzelte Versuche eines internationalen Zusammenarbeitens vorausgegangen. Im Jahre 1883 nahm eine Vertretung des vom englischen Gewerkschaftskongreß eingesetzten parlamentarischen Komitees an einem Kongreß der französischen Arbeiterpartei in Paris teil und 1888 berief dasselbe Komitee einen internationalen Kongreß nach London ein. Dieser wurde von 116 Delegierten besucht, von denen die Hälfte Engländer waren. Es gelangten folgende Fragen zur Behandlung: 1. Schwierigkeiten in der Herbeiführung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses in anderen Ländern; 2. Beste Organisationsmethoden in den verschiedenen Ländern; 3. Beschränkung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Im Jahre 1896 fand in London ein Internationaler Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß statt, an dem auch Anarchisten teilnahmen. Diese Teilnahme hatte zur Folge, daß auf dem nächsten englischen Gewerkschaftskongreß der Beschluß gefaßt wurde, zu solchen Kongressen nur Delegierten zuzulassen, die die gleichen Grundsätze vertreten wie die englischen Gewerkschaften.

Ein weiterer Versuch, eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, wurde von den französischen Gewerkschaften unternommen, die auf einem am 17. und 18. Dezember 1900 in der Pariser Arbeitsbörse abgehaltenen internationalen Kongreß die Errichtung eines internationalen Arbeitssekretariats und damit die Gründung einer Internationale der Arbeiter in die Wege zu leiten versuchten. An diesem Kongreß nahmen außer den Franzosen einige englische, italienische und spanische Vertreter teil. Angesichts der ungenügenden Beteiligung wurde von der Errichtung des Sekretariats Abstand genommen und statt dessen die französische Gewerkschaftszentrale beauftragt, mit den Gewerkschaften der anderen Länder in Verbindung zu treten und ihre Ansichten über die Einberufung eines neuen internationalen Kongresses einzuholen.

Da weder die englischen noch die französischen Versuche zu einem organisatorischen Zusammenschluß geführt haben, muß die Kopenhagener Konferenz des Jahres 1901 als Ausgangspunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung betrachtet werden, so daß die Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens in dieses Jahr fällt.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat denn auch beschlossen, den Gründungstag zu feiern und ihn vor allem dazu zu benützen, für die Gewerkschaftsbewegung Propaganda zu machen und auf die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses der Arbeiterklasse hinzuweisen. Aus Zweckmäßigkeitsgründen soll indessen die Erinnerungsfeier nicht am 21. August stattfinden, sondern **am Anti-Kriegstag 1926, das heißt am dritten Sonntag im September.** In einer der Feier vorangehenden Agitationswoche soll in den verschiedenen Ländern auf Grund der national erprobten Methoden **Propaganda für die Gewerkschaften** gemacht und eine Frage in den Vordergrund gestellt werden, an der die Arbeiter der ganzen Welt, ob organisiert oder unorganisiert, auf das lebhafteste interessiert sind: der Kampf um die Einführung oder **Wiedergewinnung des Achtstundentages.**

Das Sekretariat des IGB. wurde beauftragt, unter dem Ruf „**Zurück in die Gewerkschaften — zum Kampf für den internationalen Achtstundentag!**" die Propaganda zu führen und den Landeszentralen und internationalen Berufssekretariaten Material zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde der Auftrag zur Herausgabe einer Broschüre erteilt, die in kurzen Zügen die Entwicklung der Internationalen Gewerkschaftsbewegung von 1901 bis 1921 zeigen soll.

Es ist zu hoffen, daß diese Propagandatätigkeit des Jahres 1926 in allen Ländern zu einer Erstarkung der Gewerkschaftsbewegung führen wird.

Die kleine Erhöhung für die Erwerbslosen.

Mit der Verordnung zur Einführung der Kurzarbeiterunterstützung wird ab 1. März auch die Verordnung zur Erhöhung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosen in Kraft treten. Sie setzt die Reichstagsbeschlüsse zur Erhöhung der Unterstützungssätze unverändert. Das bedeutet also für den alleinstehenden Arbeitslosen unter 21 Jahren Erhöhung der Unterstützung um 20 Prozent, für den über 21 Jahre um 10 Prozent und für die übrigen Erwerbslosen, soweit sie bereits 8 Wochen Unterstützung beziehen, eine Erhöhung um 10 Prozent. Die Verordnung zur Erwerbslosenunterstützung ist ebenso wie die für die Kurzarbeiterfürsorge bis zum 1. Mai befristet.

Schandlöhne, die man noch kürzen will.

Es ist bekannt, daß das deutsche Unternehmertum die gegenwärtige Krise benutzt, um zu einem einschneidenden Lohnabbau zu kommen. Der Deutsche Textilarbeiterverband teilt uns zu dem Vorgehen des deutschen Unternehmertums einen ganz besonders krassen Fall mit: Für die Heimarbeiterinnen des Wirtschaftsgebietes Apolda-Erfurt (Häkel- und Handstrickwaren) hat der Fachausschuß einen Richtlohn von 17 bis 22 Pf. pro Stunde (!) festgesetzt. Es handelt sich hier nur um den sogenannten Richtlohn. In Wirklichkeit werden bei weitem niedrigere Löhne gezahlt. Trotzdem hat die Interessengemeinschaft der Erfurter Textilindustrie in Gemeinschaft mit den Textilunternehmern in Apolda bei dem genannten Fachausschuß den Antrag gestellt, die Löhne um 40 Prozent zu senken. Wird dieser Antrag angenommen, so werden sich die Löhne der Heimarbeiterinnen des genannten Industriebezirks noch nicht auf 10 Pf. pro Stunde stellen. Eine fleißige Heimarbeiterin könnte demnach bei einer 60stündigen Wochenarbeit 5 Mark „verdienen". Das ist zum Leben zu wenig, zum Sterben aber zu viel.

Ein Kommentar über das Vorgehen der Textilunternehmer in Thüringen erübrigt sich. Bemerken wollen wir noch dazu, daß die thüringische Textilindustrie für das abgelaufene Geschäftsjahr mit ganz annehmbaren Dividenden aufwartet.

Krupp wirft weiter auf die Straße.

Wie von der Verwaltung der Friedrich-Krupp-Aktien-Gesellschaft mitgeteilt wird, wird sich eine weitere Verminderung der auf der hiesigen Gußstahlfabrik beschäftigten Belegschaft um etwa 1800 Arbeiter und 100 Angestellte zu Mitte bis Ende März nicht vermeiden lassen.

Die Firma hat einen entsprechenden Antrag beim Regierungspräsidenten in Düsseldorf gestellt.

Die unnachgiebigen Bergbaubesitzer in Waldenburg.

In dem Streit um die tarifliche Regelung der Arbeitszeit für die noch nicht von einem Tarifvertrag erfaßten technischen Beamten und Angestellten im niederschlesischen Steinkohlenrevier ist trotz aller Anstrengungen der Schlichtungsbehörde noch keine Einigung erzielt worden. Bis zum Ende des Jahres 1923 hatte ein festes Vertragsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Angestellten in Form eines Manteltarifes bestanden, in dem alle ideellen und materiellen Fragen der Angestellten im Bergbau geregelt waren. Dieser Vertrag wurde von Arbeitgeberseite gekündigt und ein neuer Vertrag abgelehnt. Seit dieser Zeit besteht ein tarifloser Zustand zwischen Angestellten und Grubenleitungen im Gegensatz zu den festen Verträgen, die zwischen Grubenleitungen und Arbeiterschaft abgeschlossen sind. Während dieser tariflosen Zeit haben die Grubenleitungen nach Belieben Ueberzeit angeordnet, die sich zum Teil bis auf zehn Stunden und darüber erstreckte. Infolge der wirtschaftlich gedrückten Lage haben die Angestellten alle diese Anordnungen hingenommen, um nicht stellungslos zu werden. Ihre Verbände brachten erst jetzt die Sache vor den Schlichter, als der Druck zu stark wurde.

Trotz weitgehendstem Entgegenkommen von seiten der Angestelltenverbände lehnte aber der Verein für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens vor dem Schlichter ein Arbeitszeitabkommen auf dem Wege der Vertragsvereinbarungen mit den Angestelltenverbänden grundsätzlich ab.

Die Bergbaubesitzer, die also grundsätzlich eine freie Vereinbarung der tariflichen Fragen auf Grund des § 5 des Arbeitszeitgesetzes glauben ablehnen zu müssen, wollen jetzt ihr Ziel unter Hinweis auf § 6 dieses Gesetzes durch behördliche Einwirkung erreichen. Es steht aber zu erwarten, daß aber diesmal dieser Weg nicht von Erfolg beschieden sein wird, da die prinzipielle Ablehnung der Arbeitgeber durch nichts gerechtfertigt ist.

Deutsch-polnisches Abkommen über die Saisonarbeiter.

Das Internationale Arbeitsamt teilt mit: Die deutsche und die polnische Regierung haben kürzlich ein Abkommen abgeschlossen, das für das Jahr 1926 die Einwanderungsbedingungen für die polnischen Saisonarbeiter nach Deutschland festlegt. — Dieses Abkommen sieht vor, daß für ausländische Arbeiter die gleichen Entschädigungen bei Arbeitsunfällen zu gelten haben, wie für die Einheimischen.

Geht nicht nach Holland.

Eine vor einiger Zeit auch von uns verbreitete Meldung, daß bei einigen niederländischen Staatszechen Arbeitsgelegenheit für deutsche Gesteinshauer unter relativ günstigen Bedingungen (Durchschnittslohn 5,70 Gulden) vorhanden sei, hat bei zahlreichen Erwerbslosen trügerische Hoffnungen auf Arbeitsgelegenheit im holländischen Bergbau erweckt und zu Auswirkungen geführt, die eine nähere Aufklärung über Umfang und Voraussetzung der Arbeitsgelegenheit im niederländischen Bergbau dringend gebieten. Nach Mitteilung von niederländischer Seite sind bereits zahlreiche erwerbslose Arbeiter in das deutsch-niederländische Grenzgebiet gereist, um von den niederländischen Zechenleitungen hören zu müssen, daß keine Arbeitsgelegenheit vorhanden sei. Tatsächlich war bei den in Frage kommenden niederländischen Zechen, die sich an das Landesarbeitsamt Westfalen, Abteilung Bergbau, mit dem Ersuchen um Bereitstellung einer beschränkten Anzahl von Gesteinshauern gewandt hatten, nur ein Bedarf von etwa 100 Hauern vorhanden. Hiervon sind bereits vor einigen Tagen 35 verheiratete Hauer nach Süd-Limburg abgereist. Die Abreise der restlichen Hauer erfolgt in nächster Zeit. Dringend zu beachten ist, daß die Anwerbung deutscher Bergarbeiter für den niederländischen Kohlenbergbau nur durch die örtlichen Arbeitsnachweise erfolgt. Die in Frage kommenden niederländischen Zechen stellen nur die ihnen vom Landesarbeitsamt Westfalen, Abteilung Bergbau, nach sorgfältiger Prüfung zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte ein. Es kann daher nicht dringend genug vor unüberlegtem Zuzug deutscher Arbeitskräfte nach Holland gewarnt werden.

Wirtschaft.

Schlechtes Geschäft der Leipziger Messe.

Leipzig, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Leipziger Messe wurde am Sonntag in gewohnter Weise eröffnet. Sie steht durchaus unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise. So ist die Zahl der Aussteller zurückgegangen. Neu ist auf der diesjährigen Frühjahrsmesse in Leipzig die deutsche Kunstseiden-Ausstellung im Grassi-Museum. Die Ausstellung bietet viel Interessantes und bringt den fabelhaften Aufschwung der deutschen Stapelfaser-Industrie zum Ausdruck. Ein Hauptziel der Besucher ist auch die Fachausstellung „Brennstoff, Kraft und Wärme". Damit ist eine Gießerei-Ausstellung verbunden, die am Sonntag Tausende anzog.

Ueber den Verlauf der Messe dürfte kaum Unklarheit herrschen. Da in der Wirtschaft keine Wunder vorkommen, ist mit einem schlechten Auftragseingang im allgemeinen zu rechnen. Ueber diese Auswirkung der schlechten Arbeitsmarktlage, der hohen Arbeitslosenziffer und der weiter sinkenden Kaufkraft sind sich die Aussteller im klaren und erwarten nur ein minimales Geschäft. Der ausfallende Inlandsmarkt dürfte sehr wahrscheinlich nicht durch Export ausgeglichen werden.

Zusammenfassend kann über die bisherige Leipziger Frühjahrsmesse bis jetzt folgendes gesagt werden: Der deutsche Arbeitsmarkt hat durch den Verlauf der Leipziger Messe nichts wesentliches zu erwarten. Dadurch werden alle jene Maßnahmen, durch die man die Wirtschaft wieder „anzukurbeln" versucht, um so dringlicher.

Entlarvte Schwindler.

Schwerindustrielle Statistikjongleure.

Die deutschen Schwerindustriellen rüsten sich zum Todesgang. Dumpf dröhnen ihre Sterbegesänge. Die Rasse stirbt. Der letzte der Mohikaner wird, um sein Leben fristen zu können, ins Raritätenkabinett von Barnum und Bailey eintreten.

So klingt es aus den Spalten der Fachzeitschrift „Stahl und Eisen". Die deutsche Eisenindustrie werde durch das französische Valuta-Dumping erdrückt. Der Inlandsabsatz des deutschen Roheisenverbandes sei, so sag man im Dezember, durch den lothringischen Roheisenwettbewerb um 30 Prozent beschnitten worden. „Die starke Einfuhr ruft geradezu nach einem Schutz der deutschen Arbeit, sei es nun durch Zölle oder durch irgendwelche andere geeignete Maßnahmen." So steht es im Januar-Marktbericht von „Stahl und Eisen".

Andere geeignete Maßnahmen? Wir wissen schon: gekürzte Löhne, verlängerte Arbeitszeit, Abschaffung des Tarifrechts, niedrigere Einkommensteuer und was zu dem schönen Blütenstrauß noch alles gehört.

Aber ach, einige „Bolschewisten" haben sich die Mühe gemacht und statistische Erhebungen angestellt. So das Bürgerliche „Magazin der Wirtschaft", so das „Berliner Tageblatt" und — auch die Regierung ist verseucht! — sogar die amtliche deutsche Außenhandels-Statistik. Und es stellt sich heraus, daß die Produktion der deutschen Eisenindustrie 1925 über dem Vorkriegsdurchschnitt lag, daß ihre Situation bedeutend günstiger war als die der anderen europäischen Länder, auch als die Englands. Und es stellt sich weiter heraus, daß der Preis französischen Eisens durch den Frankensturz nicht verbilligt worden ist. In Gold umgerechnet sind die Preise sowohl für Roh- wie für Stahleisen während der ganzen Erwertungsperiode 1925 sogar gestiegen.

Und die Ueberschwemmung durch die französische Einfuhr? Diese betrug im Dezember für Roheisen vier Tausendstel, für Stahleisen neun Tausendstel der deutschen Produktion. So sehen die „30 Prozent" des Fachorgans der Stahl- und Eisenindustriellen aus! Feine Statistik und noch feinere Preisgestaltung! Denn das Ganze hat natürlich nur den Sinn, daß neben die Zollmauern und die „anderen geeigneten Maßnahmen" noch ein festes Kartell treten soll, damit die Gefahr überwunden wird, daß eventuell durch Konkurrenz die Preise sich senken.

Ob die Preisabbau-Regierung etwas merkt? Wir zweifeln! An die Verbilligungsaktion der Grundstoffe hat sie sich noch nicht herangewagt, denn das wäre ja eine Art Revolution, wäre Empörung gegen die gottgewollte Abhängigkeit. Und so bleibt alles beim alten und die Schwerindustrie auf dem Wirtschaftsthron.

Geringe Ermäßigung der Kohlenpreise.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" erfährt, ist in absehbarer Zeit mit einer, wenn auch verhältnismäßig geringen, Kohlenpreisermäßigung des rheinisch-westfälischen Syndikats zu rechnen.

Ein neuer Typ im deutschen Einzelhandel.

In Amerika wurde ein neues Vertriebssystem eingeführt, demzufolge Läden sämtliche Artikel zu Einheitspreisen von 5 Cents oder 10 Cents verkaufen, was zu großen Erfolgen der auf dieser Grundlage errichteten Warenhäuser führte. Dieses System wird dort nach seinen Begründern als „Woolworth" bezeichnet. Es bestehen in den Vereinigten Staaten drei solcher großen Warenhäuser, die bereits 8000 Läden in Betrieb haben. Auch in England hat das System jüngst Fuß gefaßt, es sind dort 200 Läden auf der Grundlage von Einheitspreisen eingerichtet worden. Nun hat auch im Rheinland ein größerer Warenhauskonzern unter der Firma „Einheitspreisgesellschaft Köln" zwei große Läden eröffnet, wo die verschiedensten Bedarfsartikel zu Einheitspreisen von 25 und 50 Pf. verkauft werden. Der Erfolg dieser Warenhäuser hängt in erster Linie davon ab, ob sie in der Lage sein werden, ihre Vorräte fortlaufend zu erhalten, d. h. ob sie über eine gute Einkaufsorganisation verfügen, und ob sie nicht nur Ramschwaren anbieten können. Der neuen Gründung kann insofern eine symptomatische Bedeutung zugesprochen werden, als man darin vielleicht ein Symptom der Absichten zu erblicken hat, den gegenwärtigen Handelsapparat in modernere Formen überzuführen. Wie Professor Hirsch in seinem jüngsten Vortrag in der „Weltwirtschaftlichen Gesellschaft" propagierte, muß eine horizontale Vertrustung der Handelsgeschäfte angestrebt werden, wenn die ungeheuren Kosten der Warenverteilung vermindert werden sollen. Verbreiterung des Filialsystems (Kettenläden) und Einführung neuer Formen des Verkaufs wie Einkauf mit Selbstbedienung oder zu Einheitspreisen usw. wären geeignet, diesen notwendigen Prozeß zu fördern.

Dividenden!

Die Bilanz ist das Spiegelbild des Geschäftsjahres, die Dividende, die wieder für die Privatwirtschaft im Gegensatz zur Inflationszeit von ausschlaggebender Bedeutung ist, der sichtbare Erfolg einer Geschäftsführung. Nimmt man die pessimistischen Berichte der Unternehmungen und deren Verbände im Jahre 1925 durchweg als bare Münze, so müßten die Bilanzen der am 31. Dezember 1925 abschließenden Gesellschaften ein recht trübes Bild ergeben, die Aktionäre könnten auf keine Rente rechnen. Da war die Steuerlast untragbar, der Kreditzinsfuß zu hoch, eine höhere als 15- bis 25prozentige Aufwertung unmöglich, da wurden niedrigere Löhne und längere Arbeitszeit gefordert, wenn die Unternehmungen überhaupt weiter kommen sollten.

Und doch ist den bisherigen Veröffentlichungen der Jahresabschlüsse nach die Lage nicht viel anders gewesen als in der Vorkriegszeit. Die Preisbildung der Syndikate und Kartelle wird so durchgeführt, daß auch noch nicht voll arbeitende Betriebe mit einer Rente aufwarten können. Alle Lasten werden, wie bekannt, auf den Verbraucher abgewälzt.

Als normale Verzinsung einer Kapitalsanlage sind gegenwärtig 8 Prozent anzusehen. Die „Leipziger Lehrerzeitung" veröffentlicht gegenwärtig eine interessante Darstellung, der wir nur ein paar Beispiele aus verschiedenen Industriezweigen entnehmen:

Meißner Ofen- u. Porzellanfabrik (Teichert)	10% Dividende
Presto-Werke Chemnitz	12% „
Wanderer Werke	12% „
Paradiesbettenfabrik Steiner & Co., Frankenberg	15% „
Plauener Bank	10% „
Geraer Stridgarn-Fabrik	12% „
Leipziger Baumwollspinnerei	16% „
Mechanische Weberei Linden	15% „

Diese Liste ließe sich beliebig verlängern. Dabei ist bei den hohen Dividenden darauf zu achten, daß beträchtliche Gewinnausschüttungen vorweg als Handlungsunkosten verbucht worden sind. Die relativ hohen Börsenkurse fast aller Textilpapiere lassen ebenfalls allgemein sehr hohe Dividenden erwarten.

Kapitalzusammenlegung in der englischen Automobilindustrie.

Die Firma Crossley-Motor Ltd., welche ein Aktienkapital von 1 101 960 Pfund Sterling besitzt und die Willys Overland Ltd., die über ein Aktienkapital von 1,5 Millionen Pfund Sterling verfügt, sind gezwungen, durch eine Kapitalzusammenlegung eine Reorganisation ihrer Betriebe durchzuführen. Ueber den Umfang der Zusammenlegung fehlen noch nähere Angaben.

Insolvenzen im Textilgewerbe. Die Damenmäntelfirma Simon Kochmann, Berlin, hat laut „Konfektionär" Geschäftsaufsicht beantragt, nachdem die Moratoriumsverhandlungen an dem Widerstand eines Gläubigers gescheitert waren. Auch die angesehene Firma Reis u. Richter, Leinen-, Baumwoll- und Jutewaren, Hamburg, ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Sanierungsverhandlungen sind im Gange.

Auflösung der Film-Außenhandelsstelle. Die Außenhandelsstelle Filme, die bereits seit längerer Zeit ihre Bewilligungstätigkeit eingestellt hat, wird mit dem 1. April 1926 aufgelöst worden. Das Reichswirtschaftsministerium fordert auf, Ansprüche gegen die genannte Stelle baldmöglichst, jedenfalls vor dem 1. April 1926, geltend zu machen. Dementsprechende Anträge nimmt der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung entgegen.

Gegen den Zollunfug. Die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Fleischereibedarfsartikel protestierte am Freitag gegen die Verteuerung von Wurstwaren infolge des Schutzzolls und der hohen, einem besonderen Schutzzoll gleichkommenden Verwaltungsgebühren. Durch die Referenten wurde darauf hingewiesen, daß konservierte, für die Wurstherstellung in Deutschland benötigte Schweineleber, die im Ausland sehr billig zu haben sei, durch den neuen Zolltarif mit einem dreimal so hohen Zoll belegt ist als frisches Fleisch. Der hohe Zoll sei offenbar darauf zurückzuführen, daß man in der Eile, mit der der Zolltarif im Hochsommer 1925 durchgepeitscht wurde, sich mit dieser für die Ernährung des deutschen Volkes äußerst wichtigen Einzelfrage überhaupt nicht beschäftigt habe. Weiter verlangte die Versammlung die Erleichterung der Darmeinfuhr aus dem Osten. Die anwesenden Regierungsvertreter sagten, wie das ja immer der Fall ist, eine Erleichterung und Ermäßigung der Zollsätze im Laufe der Handelsvertragsverhandlungen zu.

Holland ist Deutschland voran. Während in Deutschland 22 Prozent aller Wohnungen mit elektrischem Anschluß versehen sind, hat es das wesentlich kleinere und industriell nicht übermäßig belastete Holland auf 30 Prozent gebracht. Ein Beweis, wieviel auf dem Gebiet der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland noch zu leisten ist.

Aus Schlesien.

Die Kriegsbeschädigten in Nieder- und Oberschlesien.

Der Anteil der über 25 Prozent erwerbsbeschränkten Kriegsbeschädigten beträgt in Niederschlesien mit 33 175 5,05 Prozent, Oberschlesien mit 13 269 2,01 Prozent von dem des Reiches mit 659 158. — An der männlichen Reichsbevölkerung ist Niederschlesien mit 4,9 Prozent, Oberschlesien mit 2,2 Prozent beteiligt. Schlesien hat also auch unter diesen Wirkungen und Nachwirkungen des Krieges in gleichem Maße wie das übrige Reich zu leiden.

Die Betrachtung der einzelnen Leiden zeigt sogar noch eine größere Häufigkeit gerade bei den schwersten Beschädigungen: bei Blindheit in Niederschlesien 6 Prozent, in Oberschlesien 2,8 Prozent, bei Verlust beider Beine in Niederschlesien 8,1 Prozent, in Oberschlesien 1,9 Prozent.

Oberschlesien ist nicht etwa, wie es scheint, zum Teil weniger stark betroffen, hier ist nur der Prozentsatz der männlichen Kinder und Jugendlichen durch die hohe Geburtenziffer größer als im Reich. Die männliche Bevölkerung Oberschlesiens hat nämlich seit 1910 um 8 Prozent, im ganzen Reiche nur um 6 Prozent, zugenommen. Der infolgedessen in Oberschlesien höhere Prozentsatz der von der Kriegsteilnahme verschonten jüngeren Generation läßt also den Anteil der Kriegsopfer in Oberschlesien verhältnismäßig zu klein erscheinen.

Die Paßfrage an der tschechischen Grenze.

Aus dem deutschen Teil des Riesengebirges wird über eine vom Hauptzollamt Hirschberg verfügte starke Verschärfung der Grenzkontrolle Klage geführt. Am Sonntag wurden im Gebiet bis zur Spindlerbaude alle Spaziergänger von Beamten des Hauptzollamts auf Ausflüglerscheine visitiert. Demgegenüber ist auf eine Resolution des Außenausschusses des tschechischen Abgeordnetenhauses hinzuweisen, in der die Regierung aufgefordert wird, mit den Nachbarländern baldigst in Verhandlungen über die Aufhebung der Paßvisa zu treten. Es muß auch vom deutschen Standpunkt begrüßt werden, daß die Tschechoslowakei, wenn sie auch in den meisten anderen Fragen sich nicht gerade durch Entgegenkommen Deutschen gegenüber auszeichnet, in dieser wichtigen Verkehrsfrage vorangeht. Es wäre nicht nur im Interesse des Touristenverkehrs, sondern auch des allgemeinen Wirtschaftsverkehrs und nicht zuletzt der Sudetendeutschen zu wünschen, daß die zuständigen deutschen Behörden diese Anregungen von jenseits der Grenze aufnehmen und auch ihrerseits die kommenden Verhandlungen nicht verzögern würden.

Ströbel. Eine Konferenz zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Kommunalvertreter für den Unterbezirk, welche trotz des schlechten Wetters gut besucht war, fand am 21. Februar hier statt. Genosse Hähnel eröffnete die Konferenz um 9 Uhr. Er wurde zugleich mit anderen Genossen in den Vorstand gewählt, so daß dieser folgende Zusammensetzung aufweist: Paul Hähnel 1. Vorsitzender, Paul Kupprecht 2. Vorsitzender, Franz Liebich Schriftführer. Als Referent war Genosse Bachmann aus Schweidnitz erschienen, der den Zweck der Gründung schilderte. Es wurden verschiedene Fragen gestellt, die auch ihre Erledigung fanden. Dann wurde die nächste Konferenz für den 14. März, vormittags 9 Uhr, in demselben Lokale festgesetzt. Zum Schluß wies Genosse Hähnel noch darauf hin, daß die Parteipresse noch viel mehr gelesen und verbreitet werden müsse, als dies bisher der Fall sei.

Rauische. Untergang eines Naturdenkmals. Die sehr alte Eiche am Heiligenseer Weg, „Dicke Eiche" genannt, die ein Wahrzeichen der hiesigen Gegend ist, wurde mutwillig in Brand gesteckt. Da der Baum innen hohl ist, konnte er nicht mehr gerettet werden, trotz eifrigen Bemühens der Feuerwehr.

Görlitz. Vom Gastod errettet. Gestern morgen nahmen Bewohner des Hauses Heiligegrabstraße 78 einen starken Gasgeruch wahr, der aus der Wohnung des Glasschleifers Bruno Paul drang. Nach gewaltsamer Oeffnung der Tür fand man die Familie Paul, Mann, Frau und Tochter, bewußtlos vor. Nach langen Bemühungen gelang es, die drei Personen wieder ins Leben zurückzurufen.

Reichenbach. Den Auftakt einer umfangreichen Propaganda im Kampfe gegen Fürstenabfindung bildete die am 23. Februar im großen Sonnen-Saale in Reichenbach stattgefundene öffentliche Versammlung der SPD. Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, als der Referent des Abends, Reichstagsabgeordneter Genosse Wendemuth-Waldenburg, das Wort ergriff. Ausgehend von der augenblicklichen Notlage des deutschen Volkes, stellte er dem die ungeheuerlichen Ansprüche der ehemaligen Fürsten gegenüber, die nicht genug aus Deutschland herauspressen konnten und sich in ihrem Verlangen nicht einmal von der gegenwärtigen Not beeinflussen ließen. So sehe das Nationalgefühl dieser sogenannten „Nationalen" aus. Die Forderung nach restloser Enteignung, die der Redner von der geschichtlichen, rechtlichen und moralischen Seite behandelte, sei die einzige Antwort, die das deutsche Volk solcher Habgier erteilen könne. „Alles durch das Volk, alles für das Volk!" Langanhaltender Beifall lohnte die eineinhalbstündigen Ausführungen des Redners. Obwohl freie Aussprache angekündigt war, meldete sich kein Gegner zum Wort. Hervorgehoben sei, daß eine ganze Anzahl Bürgerliche anwesend waren, die den Standpunkt des Referenten voll und ganz teilten. — Dieser ersten Versammlung werden noch 14 weitere im Kreise Reichenbach folgen, davon noch zwei in der Stadt Reichenbach selbst.

Neustadt O.-S. Die sterbende Industrie. Die Schuhindustrie Neustadt O.-S. war vor etlichen Jahrzehnten das wichtigste Schuhzentrum Schlesiens. Als gediegene Handarbeit fanden die Produkte reichlichen Absatz, so daß Kurzarbeit und Erwerbslosigkeit für die Beschäftigten in dieser Industrie leere Begriffe waren. Auch als ein Teil der handwerksmäßigen Betriebe zu der mechanischen Produktion übergingen, konnte Neustadt O.-S. noch mehr mit Recht als die bedeutendste Schuhindustriestadt Oberschlesiens gelten. Doch: „Wer rastet, der rostet!" Die sich inzwischen immerhin entwickelnde Technik in der Schuhindustrie blieb von den Neustädter Fabrikanten wenig beachtet. Man hatte ja Absatz, billige Arbeitskräfte und hielt es nicht für notwendig, mit der Zeit fortzuschreiten. Es kam der Krieg mit seinen Folgeerscheinungen. Die große Lederknappheit erzeugte den Schuhhunger. Das Geschäft ging ausgezeichnet auch ohne technische Neuerungen. So blieb alles beim Alten. Mit dem Verlust des größten Teiles von Oberschlesien begann dann die neue Epoche für die Neustädter Schuhindustrie. Neue Absatzgebiete mußten gesucht werden. Dieses war umso schwerer, als die Konkurrenz auf Grund ihrer neuzeitlichen maschinellen Einrichtungen in der Lage war, besser und billiger zu liefern. Seitdem krankt die Neustädter Schuhindustrie an dem Mangel an Aufträgen. Kurzarbeit, vorübergehende Stillegungen wiederholten sich von Jahr zu Jahr und in immer kürzeren Zeiträumen. Nach Ansicht der Fabrikanten sollen nur die Arbeiter an dieser Konkurrenzunfähigkeit infolge angeblich geringer Leistungsfähigkeit schuld sein. In Wirklichkeit sind es die Arbeitsmethoden aus der guten alten Zeit, die jeden neuen Aufstieg der Neustädter Schuhindustrie unmöglich machen. Wenn jetzt noch einige Betriebe versuchen, durch Lohnreduzierung der schon immer bestehenden schlechten Verdienstmöglichkeit noch weiter zu negieren, so sind das die letzten Zuckungen eines Sterbenden. „Noch eine hohe Säule zeugt von verschwundener Pracht, auch diese schon gebrochen, kann stürzen über Nacht."

Das Buch!

Dieses Buch aus der Tages-Buchhandlung, der Leser dieses Blattes Freund ist, Buch

Volksverein-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5

Breslau (Land)-Neumarkt.

Clarenerau. Stellenbesitzer Gustav Bochnig schickt an uns folgende Erklärung: „Es ist unwahr, daß ich die Arbeitslosen mit den gemeinsten Redensarten belegt und erklärt hätte, die Arbeitslosen müßten alle an die Wand gestellt und erschossen werden. Wahr ist vielmehr, daß ich erklärt habe, die Regierung müsse den Arbeitslosen Arbeit verschaffen und wer sich dann weigere zu arbeiten, der müßte erschossen werden. Es lag mir nichts ferner, als mich gegen Arbeiter zu wenden, die unverschuldet arbeitslos sind." Wenn Herr Bochnig seine blutrünstigen Reden über Erschießen gleich so vorsichtig formuliert hätte, wäre er hier garnicht festgenagelt worden. Jetzt müßte er ja eigentlich Sozialdemokrat werden, da nur unsere Partei im Reichstag für großzügige Arbeitsbeschaffung eintritt!

Herrnprotsch. Die Oberschlesier als Konzertgäste in der hiesigen Heilstätte. Der Sängerchor der „Heimattreuen Oberschlesier" löste ein schon vor längerer Zeit gegebenes Versprechen ein und veranstaltete ein Konzert für die hiesigen Kranken. Trotz des sehr schlechten Wetters waren die Sänger am festgesetzten Sonntage zahlreich erschienen, um in selbstloser Weise, dem trüben Wetter zum Trotz, Gesang, Lebenslust und Freude zu bringen. Herr Studienrat Gebauer sorgte als Leiter des Chores dafür, daß das Konzert wieder hervorragend verlief. Wir, die wir von den Oberschlesiern sonst immer eine etwas rauhe Aussprache gewöhnt sind, waren erstaunt, die Lieder von Sängern und Sängerinnen im schönsten Wohllaut und voller Klangreinheit zu hören. Lieder von Schubert, Brahms, Mendelssohn, also von den Größen deutscher Musik, welche der gemischte Chor mit feinsinnigem Verständnis vortrug, zeigten, daß man es mit der Pflege deutscher Kultur und Kunst im Verein sehr ernst nimmt. Neben den Gesängen des Chors war es eine dankenswerte Tat des Herrn Studienrat Gebauer, uns die Bekanntschaft einer guten Solistin zu vermitteln. Es ist kein Geheimnis, daß eine anmutige Sängerin mit schöner Altstimme, wie sie sich uns in Fräulein Glaßmann vorstellte, gleich mit einem Fluidium von Wärme die Zuhörer in ihren Bann zieht. Alles in allem war dieses Konzert ein prächtiges Geschenk an die Kranken der Heilstätte. Director Opolka ließ es sich auch nicht nehmen, nachdem der Beifall einigermaßen sich gelegt hatte, in schlichten aber herzlich gemeinten Worten für diese edle Gabe zu danken.

Herrmannsdorf. Sonderbare Zustände. Was sagt der Herr Landrat dazu? Wenn wir wahren Republikaner unsere Beschwerde führen über republikanische Beamte welche nichts anderes tun, als sich republikfeindlich zu zeigen, dann werden diese Beschwerden in den meisten Fällen sehr lau behandelt. Aber hier soll ein Fall gekennzeichnet werden, der seiner weiteren Untersuchung dringend bedarf.

Am Donnerstag, den 9. Februar, wurde im Praußschen Lokale ein Maskenball gegeben, unter dessen Gästen bis morgens 1½ Uhr auch der Oberlandjäger Siegmund zu erblicken war. Siegmund nahm es dabei nicht so streng und ließ sich von den Stahlhelmern gut bewirten. Er glaubte offenbar ein Recht zu haben, für sich immer einen Schnaps nach dem anderen reichen zu lassen, um dann in der frohen Stimmung, in die er sich mit den Stahlhelmern versetzt hatte, in das Lied einzustimmen: „Hakenkreuz am Stahlhelm — Schwarz-Weiß-Rot das Band." Seine Lippen bewegten sich munter mit, obwohl er als republikanischer Beamter eher hätte einschreiten als mitmachen sollen, bedeutete sein Mitsingen doch eine öffentliche Stellungnahme gegen die Republik. Wir verlieren zu solchen Beamten das Vertrauen. Herr Landrat, sehen Sie sich darum diesen Beamten einmal scharf an, es dürfte ein Disziplinarverfahren am Platze sein, wie es gegen den Landjäger Heinke eingeleitet wurde. Uebrigens war es der dem Zentrum angehörige Gemeindevorsteher Herr Schäbel, der zu gleicher Zeit „Kirchenvater" ist, der das Lied mit angestimmt hat. Es wird dem Herrn Pfarrer Schumann nicht ganz wohl sein, wenn er einen solchen Kirchenvater hat. Herr Schäbel möge sich doch einmal an den Beschluß der Bischofskonferenz in Fulda und an die Auseinandersetzung zwischen Ludendorff und den Klerus erinnern. Pfarrer Schumann predigt doch in der Kirche so gern gegen die Sozialdemokratie, daß sie so wenig unterwürfig sei, sich aufsässig benehme und hier tut es sogar ein „Kirchenvater". Als Mann von Charakter müßte er diesen Posten, da er dieses öffentlich getan hat, niederlegen. Die republikanische Beschwerdestelle ersuchen wir aber, besonders von dem ersten Fall Kenntnis zu nehmen und sich eine dringende Abhilfe angelegen sein zu lassen.

Neumarkt. Ein „treuer" Diener seines Herrn. Die Provinzblättchen vergaffen sich inhaltlich kein übergroßes Maß von poli iver Lektüre, das zu selbständigem Denken Veranlassung geben könnte. Trübe plätschert die Quelle, welche aus nationalen, monarchistischen Kostproben zusammengesetzt ist und dem „treudeutschen" Bürger jede Gehirntätigkeit erspart. Ein derartiges Papierchen ist die „Neumarkter Zeitung", welche das Eingesandt eines Herrn Baurmeister bringt, das einen Augenblick der Beschäftigung wert ist. Die Aufregung des Betreffenden ist groß, weil Aufklärungsmaterial über die Abfindung der Fürstenippe im Kreise Neumarkt verbreitet wird. Daß die Abfindungspropaganda gegen „das angestammte Fürstenhaus, das in 500jähriger, zäher Arbeit den Staat aufgebaut hat" (wer lacht da nicht?) nichtswürdig nach Herrn B. ist, versteht sich am Rande. Dann wird von „deutscher Treue und Dankbarkeit" gefaselt und das Ausland herangezogen, welches, wenn die „Abfindung" nach unserem Sinne geschieht, uns als auf der Stufe eines Hottentottenvolkes stehend verachten würde. Wie wir Dank der „Tugenden" unseres davongelaufenen Potentaten und seiner Stämmlinge im Auslande eine ungeheure „Verehrung" angezogen haben, ist wohl den meisten Denkfähigen bekannt; nur der Stribikax B. befindet sich in dieser Beziehung auf einem anderen Planeten. Und wie jedes richtiggehende Theaterstück mit einem gewaltigen Effekt endet, zieht unser Teutone die ganze Schale seines Zornes über alle, die gegen seinen Willen handeln, gegen Sozialisten, Kommunisten usw. in folgendem Gehammel aus: „Und darum, deutscher Bauer, deutscher Handwerker, deutscher Arbeiter, jagt solches Gelichter, das um eure Unterschrift zu diesem richtigen Gaunerstreich bittet, mit dem Besen oder der Peitsche von eurer Schwelle!" — Niedlich, nicht wahr? Man merkt ordentlich, wie dem „Helden" solcher Worte der Schaum vor dem Munde steht. Und dann bekommen die bösen Sozis noch ihr Teil von wegen Barmat. Glücklicherweise werden nicht allzu viele von diesem Geschwiemel verblödet, denn das Stahlhelmblättchen, das ein strammer Zentrumsmann verlegt, erscheint fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Wieviel Seelen mögen in der Brust dieses Mannes wohnen? Das Zentrum soll, wie man sagt, eine Stütze der Republik sein. Bei dem Herausgeber der „Neumarkter Zeitung" merkt man davon nichts.

Vorträge.

Vortragsabend Ludwig Wüllner.

„Wozu sollte man älter werden, wenn nicht, um schöner zu werden?", sagen die Inder. Aber Europäern geht die Schönheit mit der glatten Haut verloren. Sie lassen sich verfallen, statt sich von innen her aufzubauen. Ludwig Wüllner aber scheint in diesem Sinne den Indern verwandt: er wird mit dem Alter immer leuchtender, immer stärker. Er ist ein Klassiker geworden, der seine Form voll ausgebaut hat. Sein Mund ist so geschmeidig, so gefügig jedem leisesten Impuls, wie kein Instrument es sein könnte; seine wohlbekannte, schöne Stimme ist so warm und reich wie je. Das Wichtigste aber ist, daß die ausgebaute Form von einem reifen und jungen Geiste durchleuchtet wird.

Am Beispiel bewies Wüllner die Größe und Gewalt seiner Kunst an Schillers wohlvertrauter Ballade „Die Kraniche des Ibykus." Schiller ist uns fremd. Schon an den gereimten Anfängen, die diesem großen Gedicht vorausgingen: „Worte des Wahnes", „Worte des Glaubens", „Die Ideale", fühlten wir das. „Die Kraniche des Ibykus", wir sehen es mit Erstaunen, sind schlecht gedichtet: „Der wilde Leichnam wird gefunden / Und bald, obgleich entstellt von Wunden / Erkennt der Gastfreund von Korinth / Die Züge, die ihm teuer sind." Auch verwirren uns die vielen griechischen Namen. Aber plötzlich, in gewaltig hinreißender Schilderung baut sich vor uns das Amphitheater auf, und auf dem Grunde seines Trichters vollendet sich mit unerbittlich ehernem Gang das rührende Schicksal. Das ist ungeheuer, so stark, daß es einem durch Mark und Bein fährt. Man fährt auf und sagt: welch ein großer Dichter! Und diese Belehrung Wüllners Wert.

Im zweiten Teil trug Wüllner aus Goethes west-östlichem Divan vor, zumal aus dem Buch Suleika, und gab uns mit glücklicher Ueberlegenheit alle Anmut, Weisheit und Leidenschaft zu spüren, die in diesen wundervollen Versen beschlossen ist.

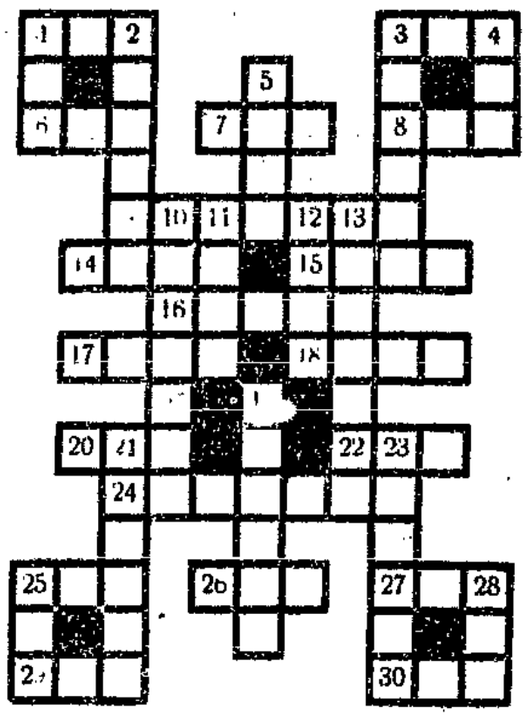
Im dritten Teil hörten wir aus Shakespeares „Julius Cäsar" die berühmten Reden des Brutus und des Mark Anton an der Leiche des ermordeten Cäsar. In voller Bosheit stellt an der Leiche des ermordeten Cäsar. In voller Bösheit stellt schaft und Pathos des Römers fehlten nicht neben seiner, so allzu betonten, grandiosen Schlauheit. Es folgte endlich Andersens zierliches Märchen „Der Schweinehirt", fast allzu pointiert, aber unsäglich liebenswürdig vorgetragen.

Der schöne neue Saal des Konzerthauses — bis auf das Podium besetzt — brauste von Beifall.

Der Vortrag war veranstaltet vom Volksverband der Bücherfreunde. M. Br.

Rätsel-Ecke.

Kreuzworträtsel B.



Senkrecht: 1. winterliches Naturgebilde, 2. Unterhaltungsspiel, 3. Läuteinstrument, 4. englischer Titel, 5. spanische Hafenstadt, 10. Tugend, 11. Seelenzustand, 12. Erdbestandteil, 13. russischer Bundesstaat, 19. früherer deutscher Dichter, 21. Stadt am Nil, 23. Großstadt in der Provinz Sachsen, 25. ländliche Besitzung, 28. Wagenteil.

Wagerecht: 1. gerichtliche Formel, 3. Brennstoff, 6. alttestamentarischer Stammvater, 7. Augenteil, 8. Sinnesorgan, 9. böhmischer Heiliger, 14. Zeiterscheinung, 15. üble Empfindung, 16. Wassergefäß, 17. westdeutsche Großstadt, 18. Verbrechen, 20. Naturgebilde am Morgen, 22. früherer französischer Marschall, 24. Bergmannsberuf, 25. altgermanische politische Gliederung, 26. Honiggetränk, 27. Zeitmesser, 29. Geräusch, 30. in das Leben eingreifender Naturvorgang.

Scharade.

Die ersten beiden sind noch klein
Und wollen oft die letzte sein:
Die letzte groß, denkt an das Glück
Der ersten beiden gern zurück.
Das Ganze, vielen zum Genuß,
Begleitet Serenissimus.

Auflösung zum Kreuzworträtsel b.

Von oben nach unten: 1. Rahmenantenne, 2. Kai, 3. Pia, 4. Beil, 5. Anta, 6. Ralum, 7. Nahum, 8. Tal, 10. Uri, 12. Opiat, 13. Finte, 20. Ar, 21. Re, 22. Ala, 23. Mal, 24. Sem, 25. Not, 30. As, 32. Ei.

Von links nach rechts: 2. Kap, 4. Bahia, 6. Reimann, 8. Tai, 9. Tau, 11. Ballonfahrt, 14. Lu, 15. Pai, 16. Ui, 17. Inn, 18. Ratte, 19. Tee, 22. Arm, 24. Sen, 26. Al, 27. Adele, 28. Os, 29. Ael, 31. Met.

Abfindungslied der Fürsten.

Im achten Jahre arbeitslos,
Ist unser Werkzeug längst verrostet,
Wer solche Zeiten durchgekostet,
Dem helfen Milliarden bloß!

Einst hielten wir in fester Hand,
So wie der Schlosser seinen Hammer,
Erhaben über allen Jammer,
Das Zepter über unser Land!

Und war der Kopf auch völlig hohl,
So hat die Krone doch gefunkelt,
Und alle andern überdunkelt,
Wie fühlten wir uns damals wohl!

Der Schnurrbart stand, es war erreicht,
Doch jetzt sind bei uns Arbeitslosen
Die roten Streifen an den Hosen
In Wind und Wetter ausgebleicht!

Am Stiefel einst den blanken Sporn!
Jetzt schiefgetretene Galoschen,
Und in der Tasche keinen Groschen,
Sind Lumpen hinten wir und vorn!

Dem Vaterlande sei's geklagt,
Daß es in seiner großen Güte
Vom allerschlimmsten uns behüte,
Nachdem es uns davongejagt!

Drei Milliarden sind nicht viel,
Doch ließe sich davon noch leben,
Man kann ja später mehr uns geben,
Bis langsam wir an unserm Ziel!

Zum Teufel mit der Republik!
Wenn einig wir, wie die Proleten,
Zwei Dutzend stark zum Sturm antreten,
Dann brechen wir ihr das Genick! Neda.

Hand- und Kopfarbeiter!

Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben!